

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigentheil: Eduard Steindörner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Postzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Unser Wirken während der Krise.

Die schönen Sommertage sind vorüber, der Herbstwind streicht über die Stoppeln und nicht lange mehr, dann werden die ersten Schneeflocken den Beginn des Winters ankündigen. Für die Besitzenden ist der Winter eine schöne Jahreszeit; durch den Aufenthalt in den Bädern und Sommerfrischen gestärkt, sind sie an ihren Wohnsitz zurückgekehrt und rüsten sich nun zu den Festlichkeiten und Vergnügungen, mit denen sie die Langeweile an den langen Winterabenden vertreiben wollen. Anders sind die Gefühle, mit denen die Arbeiter dem Herannahen des Winters entgegensehen. Es gibt wohl Arbeiterkategorien, die im Winter Hochsaison haben, aber für die große Masse der Arbeiterschaft bedeutet der Winter eine Zeit hermindeter Verdienstmöglichkeit, die durch den gesteigerten Bedarf an Lebensbedürfnissen doppelt schwer empfunden wird.

Machen sich die Winterorgen in vielen Arbeiterfamilien schon unter normalen Verhältnissen sehr unangenehm bemerklich, um wieviel mehr in der gegenwärtigen Zeit, wo die Krise seit mehr als Jahresfrist wie ein Alp auf der Arbeiterbevölkerung lastet. Aus allen Orten kommen schlimme Nachrichten über die Not der Arbeitslosigkeit. Der alte Spruch, mit dem sich die fatte Jugend so gern tröstete, daß es nur Faule und Arbeitsscheue seien, die arbeitslos herumliegen, da jeder, der arbeiten wolle, auch Arbeit finde, dieser Spruch, der unter der Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nie begründet war, hat nun hollends jede Bedeutung eingebüßt. Zu Hunderttausenden bevölkern die Arbeitslosen die Landsträße; sie ziehen von Ort zu Ort, um überall zu erfahren, daß man ihrer nicht bedarf. Ist doch die Zahl der ortsanlässigen Familienväter, die Tag für Tag vergeblich nach Arbeit Ausschau halten, in den Industriestädten erschreckend groß.

Von der herrschenden Arbeitslosigkeit ist die Holzindustrie nicht nur nicht verschont geblieben, der Prozentsatz der Arbeitslosen ist sogar in unseren Verufen ganz besonders hoch. Man braucht nur die regelmäßig vom Verbandsvorstand veröffentlichte Monatsstatistik über die Arbeitslosigkeit zu verfolgen, um sich ein Bild von dem ungeheuren Umfang zu machen, den die Arbeitslosigkeit in unseren Verband angenommen hat. Im Jahre 1904 wurden im Monat September insgesamt 4476 Arbeitslose gezählt, im Jahre 1905 war diese Zahl im gleichen Monat auf 5782 gestiegen; 1906 waren es 7812, 1907 schon 9870 und im Jahre 1908 wurden im September gar 11748 Arbeitslose gezählt. Wenn auch zugegeben ist, daß in der ersten Zeit nach der Einführung der Arbeitslosenzählung im Verband diese noch mit manchen Mängeln behaftet war, und die Zahl der Arbeitslosen nicht im vollen Umfang erfaßt wurde, so legt doch die rapide Steigerung der Arbeitslosenziffer in den folgenden Jahren Zeugnis ab von der Intensität, mit welcher die Krise in der Holzindustrie eingeseht hat. Noch deutlicher wird das, wenn man den Prozentsatz der Arbeitslosen von der Gesamtzahl der Mitglieder am letzten Tage des Monats in Betracht zieht. Bleiben wir auch bei diesem Vergleich beim Monat September, dann finden wir, daß 1904 0,76 Proz. der Mitglieder arbeitslos waren, 1905 waren es 0,87, 1906 1,11, 1907 1,72 und 1908 3,30 Proz. Die ungeheure Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die gegenüber dem Vorjahr eingetreten ist, ist in die Augen springend.

Die gewaltige Arbeitslosigkeit macht sich sowohl in den Verhältnissen des einzelnen als auch im Haushalt des Verbandes sehr empfindlich bemerkbar. Unsere Statistik umfaßt nur die gänzlich Arbeitslosen. Wollte man auch die Mitglieder zählen, die mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten oder die in der Woche ein, zwei, drei ja auch vier Tage vollständig ausfallen müssen, dann würden wir zu Zahlen gelangen, welche die der vollständig Arbeitslosen um ein Mehrfaches übertreffen. Aber das wären alles nur trockene Zahlen; um ihre Bedeutung voll zu erfassen, muß man zwischen den Zeilen lesen können. Dann enthüllen uns die Zahlen unserer Arbeitslosenstatistik ein Bild grenzenlosen Elends in den Familien. Sie erzählen uns von blassen Wangen der Arbeiterfrauen, von den Tränen, die unschuldige Kinder vergießen, die wiederum hungrig zu Bett müssen, weil alle Bemühungen des Vaters, Arbeit und Brot zu finden, vergeblich waren. Zwischen den Zeilen der Arbeitslosenstatistik sehen wir kalte und öde Zimmer und Kammern, in denen hungrige Proletarier haufen, die alle Gegenstände von dem höchsten Wert ins Pfandhaus getragen haben, um wenigstens die Mittel für das trockene Brot aufzubringen. Allerdings wird die Kunst, zwischen den Zeilen der Arbeitslosenstatistik zu lesen,

am besten von dem verstanden, der die Not der Arbeitslosigkeit am eigenen Leibe verspürt hat. Der fetzte Bourgeois hat für solche Zahlen kein Verständnis und deshalb hält es so ungeheuer schwer, in den Gemeindevertretungen und in den Parlamenten Beschlüsse herbeizuführen, die geeignet sind, der Not der Arbeitslosigkeit wirksam zu steuern.

So wie das einzelne von der Arbeitslosigkeit betroffene Mitglied, so empfindet auch der Verband als solcher die Folgen der Krise. Die Ausgaben für Unterstützungszwecke wachsen ungeheuer, während die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen zurückgehen, da die erwerbslosen Mitglieder selbstverständlich von der Beitragspflicht befreit sind. In welchem Maße die Ausgaben des Verbandes für die Arbeitslosenunterstützung angewachsen sind, zeigen einige Zahlen aus den Quartalsabrechnungen. Im ersten Quartal 1906 beanspruchte dieser Unterstützungszweig 106 382 Mk., im gleichen Zeitraum 1907 schon 137 068 Mk., im ersten Quartal 1908 aber 316 850 Mk. In ähnlichem Verhältnis haben sich die Zahlen auch in den übrigen Quartalen gesteigert; so beträgt die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung im zweiten Quartal in den letzten drei Jahren: 1906: 77 005 Mk., 1907: 61 829 Mk., 1908 aber 219 094 Mk.

Eine ganz natürliche Folge der Krise ist auch der Mitgliederrückgang, unter welchem wir zu leiden haben. Viele Mitglieder sind gezwungen, Arbeit in anderen Berufen anzunehmen, um überhaupt nur Beschäftigung zu haben. Manche von diesen treten dann in die Organisation über, welche für den neuen Beruf maßgebend ist, andere wiederum unterlassen auch das und bleiben außerhalb jeder Organisation. Die Mitglieder, die längere Zeit arbeitslos sind, behalten zwar ihre Rechte an den Verband, sie werden aber vielfach, sofern sie in einem Quartal keinen Beitrag gezahlt haben, bei der Feststellung der Mitgliederzahl nicht mitgezählt. Tatsächlich hat auch mancher seine Mitgliedschaft aufgegeben, nachdem er ausgeteuert war, und er keine Aussicht hatte, in absehbarer Zeit eine weitere Unterstützung aus Verbandsmitteln zu erhalten. Es braucht kein Wort darüber verloren zu werden, daß diese Kollegen recht töricht handeln, aber nichtsdestoweniger bleibt die Tatsache bestehen, daß auf diese Weise dem Verband manches Mitglied verloren geht. So unangenehm wir auch den Rückgang der Mitgliederziffer empfinden und so sehr wir Ursache haben, diesem Rückgang mit allen Mitteln entgegenzuwirken, so besteht doch kein Grund, pessimistisch in die Zukunft zu blicken.

Die Zeilen sind vorüber, wo wir beim Rückgang der Mitgliederzahl die Schwermütigkeit unserer Organisation zitiert wurden. Die Organisation, die der Verband geleistet hat, trägt jetzt ihre Früchte. Grundsätzlich suchen die Kollegen, die jetzt in Arbeit stehen, ihre Stellung zu behalten. Aber der nackte Egoismus, der sich früher in unschöner Weise so oft bemerklich gemacht hat, verschwindet mehr und mehr. Das Solidaritätsgefühl hat in den Kollegenkreisen Wurzel geschlagen und die Fälle sind nicht selten, wo gerade die ältesten Kollegen im Betrieb, welche die Entlassung am wenigsten zu fürchten hätten, darauf bestehen, daß die Arbeitszeit beschränkt wird, um die infolge des Geschäftsrückganges erforderlichen Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit einzuschränken. Derartige Neuerungen des Solidaritätsgefühls sind hoch erfreulich, sie beweisen uns, daß unsere Agitations- und Organisationsarbeit nicht vergeblich war.

In der Krise zeigen sich auch die günstigen Folgen der vom Verband inaugurierten Vertragspolitik. Zwar kommt es noch öfters vor, daß Unternehmer trotz des geltenden Vertrages versuchen, die gegenwärtige Zeit zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszunützen, wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß solche Fälle noch viel häufiger zu verzeichnen wären, wenn wir keine Verträge hätten. Der Verband ist auch stark genug, daß er sich selbst in der gegenwärtigen Krisenzeit nicht jeden Versuch der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder widerspruchslos gefallen lassen muß. Selbstverständlich müssen gegenwärtig die Aussichten eines Lohnkampfes vor seiner Inangriffnahme doppelt vorsichtig geprüft werden, aber diese Vorsicht führt nicht dazu, unsere wichtigste Funktion ganz einzustellen. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung hat unser Verband im ersten Halbjahr 1908 insgesamt 227 Lohnbewegungen geführt, an welchen 16 763 Personen beteiligt waren. Darunter sind 58 Abwehrkämpfe mit 1377 Beteiligten und 15 Abwehrbewegungen ohne Streik mit 377 Beteiligten. Wo die Aussichten günstig schienen, konnte auch angriffsweise vorgegangen werden und die erzielten Erfolge können sich wohl sehen lassen. Es wurden 33 Angriffsstreiks mit 885 Be-

teiligten geführt, bei welchen für 354 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2 1/4 Stunden pro Woche und für 625 Personen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 1,60 Mk. pro Woche erzielt wurde. 93 Angriffsbewegungen mit 11 102 Beteiligten verliefen ohne Streik; sie brachten für 2119 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2 1/4 Stunden pro Woche und für 8374 Personen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1,03 Mk. pro Woche.

Diese Ergebnisse bleiben naturgemäß hinter den Erwartungen zurück, die wir bei günstiger Konjunktur erzielt haben, sie legen aber ein glänzendes Zeugnis ab von der Leistungsfähigkeit, die unserem Verband auch während der Krise innewohnt. Diese Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu steigern, muß die heiligste Pflicht aller Kollegen sein. Die intensivste Agitation darf keinen Augenblick erlahmen. Es gibt sehr verschiedenartige Wege, dem Verband neue Mitglieder zuzuführen und das Interesse der Kollegen für die Organisation wachzuhalten. Diese Verschiedenartigkeit der Agitationsmethoden ermöglicht es jedem einzelnen Mitglied, nach seinen Kräften an dem gemeinsamen Werk mitzuarbeiten. Tue deshalb jeder seine Pflicht, damit wir gestärkt und gekräftigt aus der gegenwärtigen Krise hervorgehen.

## Dr. Alexander Tille, der Bannerträger der neuen Arbeitgeberpartei.

—r. Einstmals liebten es die politischen Parteien, trotzdem sie sehr materielle Interessen verfolgten, sich in den Mantel des Idealismus zu hüllen. Nach der materialistischen Weltanschauung sind die politischen Ideale weiter nichts als die Widerspiegelung wirtschaftlicher Machtverhältnisse, dennoch aber sucht man noch heute krampfhaft die Illusion aufrecht zu erhalten, als ob die bürgerlichen Parteigruppierungen Wortkämpfer des Allgemeinwohls seien, als ob sie für Wahrheit, Recht und Freiheit in den Kampf zögen, während die Sozialdemokraten — pfui Teufel! — nur um ein besseres Futter, um eine tollere Futterkrippe kämpften. Da ist es denn wirklich herzerquickend, wenn ein Mann, wie Alexander Tille, eine hervorragende Leuchte des Scharfmachertums, auf der Bildfläche erscheint und mit zynischer Offenheit erklärt, daß die Zeit des Idealismus vorüber und daß die Zeit der nackten Interessenpolitik gekommen sei. Er hat diesen seinen Standpunkt vertreten in einer Rede, die er vor kurzem in Saarbrücken in einer Versammlung von Arbeitgebern gehalten hat. Die Ausführungen des Redners gewähren einen interessanten Einblick in den Gedankenkreis und das Gefühlleben eines kapitalistisch verfeuchten Gelehrten, weshalb es sich belohnen dürfte, den Vortrag einmal unter die Lupe zu nehmen.

Dr. Tille hat, wie allgemein bekannt ist, mit der nationalliberalen Partei böse Erfahrungen gemacht. Er wollte dieser Partei die „Idealen“ nehmen und sie zu einer reinen Schutztruppe des Unternehmertums umgestalten, doch hat er keine Gegenliebe gefunden und ist an die Luft bespödet worden. Darob ist er natürlich höchst erzürnt und er wirft dem Liberalismus vor, daß er stark mit Gleichmachedeisen, ja sogar mit kommunistischen Ideen durchsetzt sei; dagegen wird der Konservatismus als der Hüter der alten liberalen Ideale auf den meisten Lebensgebieten gefeiert. Die nationalliberale Partei hat, nach der Behauptung Tilles, aus Liebedienerei gegenüber den Wählermassen die liberale Gesellschaftsordnung preisgegeben; sie unterwirft sich der Mehrheitsktyrannei und den Mehrheitsbeschlüssen und umbuhlt die unteren Volksschichten, um Stimmen zu bekommen; an Stelle der individuellen Freiheit hat sie den Zwang gesetzt und an Stelle des freien Wirtschaftslebens die Regelung durch den Staat. „Die Merkmale der liberalen Gesellschaftsordnung“, behauptet Dr. Tille, „sind die Freiheit des einzelnen innerhalb der vom Strafrechte gezogenen Schranken, die Freiheit, sich das Land seines Aufenthaltes, seinen Wohnsitz, seinen Beruf, sein Gewerbe, seine Arbeitsstätte zu wählen, die Freiheit des wirtschaftlichen Vertragsschlusses, die Freiheit, die eigene Arbeitskraft zu bewerten, die Freiheit, Eigentum zu erwerben, und dessen Unverletzlichkeit, die persönliche Freiheit des einzelnen, welche nur durch richterliche Verfügung angetastet werden darf, die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetze, die Freiheit der Weltanschauung und die Freiheit der Wissenschaft. Mit der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit begannen die Grundlagen der heutigen industriellen Entwicklung zu entstehen, und die

Freiheit des Vertragschlusses fügte sich ihnen als drittes an. Der alte Liberalismus, zu dem die deutsche Industrie in ihrer Mehrheit sich bekannte, hat nie daran gedacht, daß ein liberal nennendes Geschlecht sich je soweit vergessen könnte, an diese bürgerlichen Freiheitsrechte zu rühren, deren wesentlichste Bestandteile der Verfassung der wichtigsten Staaten einverleibt worden waren."

Die Erfahrung hat uns gelehrt, wie weit wir mit diesen bürgerlichen Freiheitsrechten gekommen sind, und mit Schauern erblicken wir die entsetzlichen Verheerungen, die der Kapitalismus durch seine Raubtierfreiheiten unter den Kulturbölkern angerichtet hat. Auch der Liberalismus konnte sich diesem Eindruck nicht entziehen und trotz heftigen Sträubens mußte er sich dem Gedanken einer Regelung des Wirtschaftslebens anbequemen und sozialistische Ideen in sich aufnehmen. Das rechnet ihm Dr. Tille natürlich als ein todeswürdiges Verbrechen an, indem er ihm folgendes Sündenregister vorhält: „Der Nationalliberalismus hat es unter dem Einfluß der deutschen Sozialdemokratie und des englisch-deutschen Sozialismus fertig gebracht, seine eigene liberale Vergangenheit zu verleugnen und den Freiheitsrechten des Staatsbürgers soweit derselbe industrieller Unternehmer ist, ins Gesicht zu schlagen. Er hat dem zugestimmt, daß ein Ausnahmerecht für den industriellen Handarbeiter geschaffen werde und daß in den Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten Ausnahmeurteile entstanden sind. Er hat durch die Ausstattung dieser Gerichte mit der Befugnis von Schiedsämtern den schwersten Eingriff in die wirtschaftliche Vertragsfreiheit der Unternehmer gutgeheißen. Er hat vollständig versagt, als die Reichsregierung im Jahre 1899 ein Gesetz zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses einbrachte, das bestimmt war, arbeitsfreie und wehrtaugliche Arbeiter vor Belästigungen durch Streikwütige zu schützen. Er hat den Arbeitswilligen den Schutz des Gesetzes versagt und ihnen damit die Freiheit entzogen, ihre Arbeitskraft zu vertreiben. Der Nationalliberalismus hat den Versuch gemacht, die persönliche Freiheit aufzuheben, indem er sich für die Einführung eines Gruppenvertragsrechtes ausspricht, nach dem der einzelne Unternehmer an Verträge gebunden sein soll, die andere ohne seinen Auftrag geschlossen haben. Er hat die Grundlage der liberalen Gesellschaftsordnung, das Privateigentum, angegriffen, indem er den Unternehmer und den Handarbeiter im Unternehmen für zwei gleichberechtigte Parteien erklärt hat. Bisher konnte nur der Unternehmer den Handarbeiter entlassen. Dem Unternehmer blieb aber dann das Unternehmen. Nur der Handarbeiter mußte dann seine Strafe ziehen. Wenn das Wort, daß Unternehmer und Handarbeiter künftig im Unternehmen gleichberechtigte Parteien sein sollen, nicht nur eine elende Nebenart sein, sondern irgendwelchen Inhalt haben soll, dann kann es nur die Gleichstellung beider in diesem wichtigsten Punkte fordern. Nach den Wünschen des neuesten Nationalliberalismus sollen also künftig auch die Handarbeiter den Unternehmer entlassen dürfen."

Die Gesamtheit dieser Sünden zeigt deutlich, daß der Nationalliberalismus seine liberale Grundlage von einst eingebüßt hat. War einst neben dem Nationalen der Liberalismus sein wesentlichster Wesenszug, so ist es jetzt der Aequalismus, der Sozialismus, geworden und wird es vermuthlich demnächst der Kommunismus werden. Aus dem Nationalliberalismus ist ein Nationalaequalismus, ein Nationalsozialismus geworden, und wird voraussichtlich eines Tages noch ein Nationalkommunismus werden. Einerseits die Massen zu umhüllen und ihnen Sonderrechte zu verschaffen, und andererseits ihnen möglichst jede Beitragspflicht zu den Staatskosten abzunehmen, das ist seine Politik geworden. Trotz des gleichen Wahlrechts im Reiche hat die nationalliberale Partei nicht den Mut gefunden, auch folgerichtig die gleiche Steuerpflicht im Reiche durch das Mittel der indirekten Steuern zu fordern. Der Handarbeiter soll durch seine große Zahl herrschen, und die Behöhrung mit höherem Einkommen soll nicht nur die Kosten für den Staat, sondern auch für die Sorglosigkeit des einzelnen Handarbeiters tragen."

Daß unter diesen Umständen von einer wirksamen Vertretung der Unternehmerinteressen durch die liberale Partei keine Rede mehr sein kann, erscheint dem Dr. Tille ganz selbstverständlich. Aber auch die andern bürgerlichen Parteien sind mehr oder minder durch die modernen Zeitkrankheiten verseucht. Sie huldigen der Gleichmacherei, die eine Gleichgestaltung aller Lebenslose im sozialistischen Sinne erstrebt; sie sprechen von einer Gleichberechtigung der Angehörigen der verschiedenen Gesellschaftsschichten, die der wirtschaftlichen Gliederung der Gesellschaft widerspricht; sie nehmen den Sozialismus zur Richtschnur ihres Handelns, der von den Besitzenden alle möglichen Wohlthaten und Geschenke zugunsten der unteren Volksschichten verlangt, trotzdem letztere ihre Treue und Anhänglichkeit an ihre Arbeitgeber längst über Bord geworfen haben; sie schmeicheln den Volksmassen, deren Wahlstimmen sie gebrauchen, und schildern die Unternehmer als Ausbeuter und Kapitalproben; sie versprechen den Arbeitern das Blaue vom Himmel herunter, ohne zu untersuchen, ob sich die Versprechungen auch durchführen lassen. In diesen Dingen allein liegen nach Tilles Meinung, die Ursachen dafür, daß das deutsche Arbeitgebertum heute politisch zur Ohn-

macht verurteilt ist und daß es trotz seiner Bedeutung im Staate von den politischen Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, eine Behandlung erfahren hat, die notgedrungen die Entrüstung herausfordert.

Da ist es denn kein Wunder, daß die deutschen Arbeitgeber unmutig werden und sich von den alten, überlebten Parteien lossagen, um eine neue politische Form ihrer Interessenvertretung zu finden. Sie haben erkannt, daß sie mit den politischen Schlagworten der Vergangenheit auf-räumen und die alte Parteischablone zerbrechen müssen; die neuen Verhältnisse erfordern eine neue Partei, die reinwirtschaftliche Ziele verfolgt und sich die Aufgabe stellt, unbekümmert um Idealismus und Sozialmoralismus, den Arbeitgebern denjenigen Einfluß im öffentlich-rechtlichen Leben zu sichern, der ihm auf Grund ihrer wirtschaftlichen Uebermacht gebührt. Kurz und gut, Dr. Tille macht Propaganda für eine Partei, in der der Geldsack herrscht und das Kapital auf dem Throne sitzt.

## Zur Vorgeschichte der deutschen Gewerkschaften.

### III.

b. Die Gesellenwanderungen waren auch das Mittel der Verständigung unter den Gehilfen zu einer Zeit, als es eine Fachpresse, als es eine Literatur der Gewerkschaften wie in den heutigen Tagen nicht gab, ja, wo die Gesellen fast ausnahmslos des Lesens und Schreibens völlig unkundig waren und ihnen derartige Verständigungsmittel gar nichts nützen konnten.

In einer Zeit, wo man nicht nur Eisenbahnen, Telegraphie und Telephonie, sondern auch Posten und ein geordnetes Straßennetz entbehren, waren es die wandernden Gesellen, welche diese Verständigung schufen. Jeder Geselle mußte wandern und jeder Geselle wanderte aus der Stadt, wenn er Streit mit seinem Meister hatte und sie wanderten alle, wenn ihre Differenzen allgemeinen Charakter annahmen. Sie wanderten von Ort zu Ort und in jedem Orte fanden sie, wenn ihr Gewerbe dort einen Standort hatte, auch ihre bestimmte Herberge, die jeder aufsuchte, der demselben Berufe angehörte. Dort wurde mitgeteilt, welcher Meister zu meiden war, welche Stadt zu umgehen war, unter welchen Bedingungen nur Arbeit angenommen werden durfte. Nicht nur der eine Geselle trug diese Nachricht weiter, von Herberge zu Herberge, von Stadt zu Stadt, sondern auch alle anderen Gesellen, die diese Herberge passierten, waren die Träger dieser Nachrichten, waren die Schaffer allgemeiner gewerkschaftlicher Politik. So verbreitete sich rascher als irgendein kaiserlicher Befehl, als irgendein Beschluß eines Reichstages die Bestimmung der Gesellen und so sahen sich oft die Meister nicht nur im Streite mit den Gesellen ihres Ortes, sondern mit den Gesellen aus ganz Deutschland.

Selbst regelrechte Gewerkschaftskongresse werden uns aus dem Mittelalter überliefert und die Kampfmittel der Gesellen waren vielfach die gleichen wie in unseren Tagen.

Ueber die zahlreichen Kämpfe zwischen Gesellen und Meister, über die mannigfaltige Gesetzgebung, welche die Gesellenverhältnisse regeln, die Gesellenorganisation einengen oder verbieten sollte, können wir nur einige Beispiele anführen: Der älteste, uns überlieferte Streik ist der der Breslauer Gürtlergesellen aus dem Jahre 1329, dessen Ursachen unbekannt waren, dessen Dauer aber sofort auf ein ganzes Jahr veranschlagt wurde. Im Jahre 1351 streikten die Weber in Speyer, weil sie die Forderung nicht sofort durchsetzen konnten, daß sie mit den Meistern gemeinsam die Gerichtsbarkeit ausüben hätten. Man sieht, daß schon damals das Votum der Herren im eigenen Hause bestürmt wurde. Aus ähnlichen Gründen und um sich das Recht der Organisation nicht bestreiten zu lassen, stellten im Jahre 1410 die Konstanzer Schneider-Inne die Arbeit ein. Im Jahre 1414 streikten die Gerber in Straßburg, 1423 die Schneider in Leipzig. Die Folge dieses Streiks war, daß 21 rheinische Städte eine Vereinbarung trafen, wodurch den Gesellen das Recht auf Organisation garantiert, die Befugnis zu eigener Gerichtsbarkeit aber verweigert wurde. Im Jahre 1475 legten in Nürnberg die Blechschmiedegesellen ihre Arbeit nieder, weil ihnen unter der Leuerung die Kost vermindert worden war. Im Jahre 1482 haben wir in Buzlau einen Streik der Tuchmachergesellen, die Buchdrucker streikten 1471 in Basel, 1539 und 1541 in Paris und Lyon. Meist waren es rein wirtschaftliche Gründe, doch spielten auch Fragen der gesellschaftlichen Rangstellung eine Rolle, wie das Recht des Degentragens, wie bei dem Streik der Wäcker in Kolmar, der von 1495 ab zehn Jahre dauerte, um die Stelle bei der Fronleichnamspiegelung. Im Spätherbste des Jahres 1407 waren alle Städte und Orte des Oberrheins auf das äußerste beunruhigt durch den Plan eines Ausstandes sämtlicher Schuhmachergesellen. Auf einem großen „Maien“, einer Maierversammlung zu Nusach, sollte der entscheidende Schlag gegen die Meister geführt werden. Ein Städtetag wurde nach Schlettstadt gerufen, um dem drohenden Streik der 4000 Knechte entgegenzutreten. 1423 brachen die Straßburger Blechschmiedegesellen „mit piffen und ungerben“ nach Hagenau auf, um ihre Forderungen, die sich auf die Wiederaufrichtung der Bruderschaft bezogen, durchzusetzen. Zwei Jahre später mußte ihnen ihre Forderung zugestanden werden.

Eines der wichtigsten Kampfmittel der streikenden Gesellen war das vollkommene Verlassen der Stadt und die

Blockierung derselben durch die allgemeine Verkündung in allen Herbergen. Zum Teil war es ein Mittel, wie der Auszug der Plebejer aus Rom auf den Mons Sacer (den heiligen Berg), zum Teil eine Verteilung der Gesellen auf die mehr oder weniger entfernten Städte. Das waren Kampfmittel, die die Meister stark fürchteten und die sie zur Nachgiebigkeit zwangen.

Nur ganz kurz seien die Ursachen der Streiks beleuchtet. Die Anerkennung der Organisation, die Behandlung der Gesellen durch die städtischen Behörden und die Zünfte und durch die Meister, Abwehr von Verflechtung des Gewerbes, Forderungen von Verbesserungen desselben, Wünsche in bezug auf die Kost der Gesellen und nicht zuletzt die Forderung des blauen Montags waren die Veranlassung der gewerblichen Streitigkeiten, der Streiks, des Auszugs aus den Städten. Der Auszug war ein viel häufiger als heute angewandtes gewerbliches Machtmittel, weil der Handwerksgehilfe des Mittelalters ein unverheirateter Mann war und weil das Wandern ihm als ein Teil des Berufslebens erschien. Unter den Forderungen erscheint uns der blaue Montag deswegen so bedeutungsvoll, weil er dem Streben nach der Verkürzung der Arbeitszeit der heutigen Gewerkschaften entspricht. Das Streben des Gesellen war nicht das des heutigen Fabrikarbeiters nach dem Achtstundentage, nach der Verkürzung der Arbeitszeit im Tage, sondern sein Streben war gerichtet auf die Verminderung der Arbeitstage in der Woche.

Im Mittelalter und in den darauffolgenden Jahrhunderten war die Geldwirtschaft noch lange nicht vollkommen zum Durchbruch gelangt. Der Naturallohn herrschte, der Arbeiter war in Kost und Wohnung beim Meister, er hatte so wenig Bargeld, daß er nicht daran denken konnte, am Abend in die Kneipe zu gehen, er wußte nicht, was er mit den freien Feierabenden tun sollte. Er schaffte für den Meister von morgens früh, nachdem er das Bett verlassen hatte, bis abends spät, bis er das Bett wieder aufsuchte, nur kurze Pausen für das Essen bildeten die Regel. Der Sonntag war wohl frei, aber dieser Sonntag war ein Tag der Kirche und geistlichen Übung, nicht der Geselligkeit und dem weltlichen Vergnügen gewidmet. Wenn der Geselle sich im Kreise seiner Freunde und Berufsgenossen von der Arbeit müde erholen wollte, wenn er in der Herberge trinken, wenn er dort die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft besprechen wollte, wenn er sein wöchentliches Bad nehmen wollte, so mußte dies alles an einem Wochentage geschehen. So konzentriert sich der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, um die Wahrung der Gesellenrechte, um die Möglichkeit der Organisation, um die freie Bestimmung in dem Kampfe, um den blauen Montag. Der halbe blaue Montag wurde vielfach errungen, manches Mal auch der ganze blaue Montag.

Gegen den blauen Montag, gegen die Organisation der Gesellen erließen Kaiser und Reichstag, Städte und Zünfte zahlreiche Verbote, sie drohten schwere und strenge, ja selbst barbarische Strafen an. Aber all die Abschreckungsmittel des Mittelalters, die in der neuen und neuesten Zeit immer wiederholt und verschärft wurden, die man für das ausgehende 18. Jahrhundert in Orloffs corpus juris officiarum nachlesen kann, ändert nichts an der Tatsache, daß die Gesellen aller Berufe sich organisierten und an diese Organisationen mit Hartnäckigkeit und Steifnackigkeit durch alle Jahrhunderte festhielten. Nicht nur die Gesellen der alten zünftigen Gewerbe, die Tischler, Schmiede, Schlosser, Drechsler, Schneider, Schuhmacher usw. usw. hielten an diesen bis ins frühe Mittelalter zurückgehenden Organisationen fest, auch die Abhängigen der „freien Künste“ im 17. und 18. Jahrhundert, die Gehilfen der (später erst nach Deutschland gekommenen) Gewerbe, wie die Handschuhmacher, die Tabakarbeiter, organisierten sich und hielten mit aller Strenge an den Organisationen und an einer bewundernswürdigen Solidarität der Berufsgenossen fest.

Wie die Gesellenvereinigungen die Reformation und den dreißigjährigen Krieg überstanden hatten, so auch die schweren Kriegsjahre, die im Gefolge der französischen Revolution über Deutschland tobten, so die Reaktion der Jahrzehnte nach den Befreiungskriegen und der Jahrzehnte nach 1849. Noch im Jahre 1840 wurde vom Bundestag das Verbot von 1780 wieder in Erinnerung gebracht, ein Beweis, daß die Gesellenverbindungen keineswegs vernichtet waren, sondern im Gegenteil überall bestanden. Um das gleiche Jahr fand eine durch lange Zeit währende Untersuchung wegen Geheimbunds gegen zahlreiche Arbeiter des Baugewerbes des nördlichen Deutschlands statt, die in den Hansestädten, Königsberg und zahlreichen anderen Städten bis nach Riga und Kopenhagen geführt wurde. Als im Jahre 1855 wegen der anarchistischen Propaganda über Wien der Ausnahmestand verhängt war, wurde gegen zahlreiche Notgerber ein Geheimbundsprozeß geführt, bei dem sich nicht nur ergab, daß diese Geheimbündler mit dem Anarchismus nicht das mindeste gemein hatten, sondern auch, daß sie eine alte Gesellenbruderschaft waren, deren Ursprung Jahrhunderte zurückreichte. In Nürnberg findet man in den Archiven der Gewerkschaften alte Urkunden, Zunfttruhnen und andere Handwerkszeichen, die auf einen Zusammenhang der Gesellenorganisation mit der modernen Gewerkschaftsbewegung hindeuten. Ja, wir finden in Nürnberg selbst, so bei den Zimmerern und Maurern Reste von alten Gesellenorganisationen als selbständige Vereine. Diese alten Gesellenorganisationen haben sich vielfach bei Erlaß des Krankenversicherungsgesetzes von 1884 diesem angepaßt und sind erst dadurch in moderne Formen übergegangen.

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Fischlern, Maschinen- und Pflanzern nach Böhl in Pfalz, Böhlen in Thüringen, Freising in Bayern (Maschinenfabrik Buchberger), Hamburg (Möbelfabrik Kassefen), G. o. f. B., Jena (Grove), Worms, Basel, Bern in der Schweiz, Budapest;

Mobelfischlern nach Mannheim (Brown, Boveri u. Co.);

Korbmachern nach Berlin und Vororten, Brandenburg (Schmidt), Braunschweig (Franz Unger, früher Steinlage), Cuxhaven (Lührsen), Fürstenberg a. O., Guben, Sellstedt, Wulsdorf;

Vergolbern nach Magdeburg (Gruhl), Budapest;

Sägern nach Lüdinghausen i. Westf. (Nierhoff);

Stellmachern nach Düren Rhl.

### Die Aussichten der Stellmacher in der Automobilindustrie.

a. h. Als vor zwei Jahren an dieser Stelle zum ersten Male auf die Bedeutung der Automobilindustrie für die Stellmacher hingewiesen wurde, leuchtete über diesem jungen, vielversprechenden Industriezweige noch die aufsteigende Sonne des Glanzes in hellsten Strahlen. Aber wie ein Blitz aus heiterem Himmel folgte vor kaum Jahresfrist dem überaus raschen Aufstieg der Automobilindustrie ein solcher Niedergang, wie er selbst in den eingeweiheten Kreisen der Interessenten vorher nicht für möglich gehalten wurde. Ueberall trat eine allgemeine Bestürzung zutage. Gründe auf Gründe wurden angehäuft, um das Unmögliche zu erklären. Als Hauptgrund wurde sehr oft die Ueberproduktion ins Feld geführt. Dies ist jedoch nur eine halbe Wahrheit. Zwar mag auf dem Markte der Luxusautomobile eine gewisse Ueberfüllung stattgefunden haben, immerhin hat aber gerade auf dem eigentlichen Ausbreitungsgebiet des Automobils, nämlich der Verwertung zu wirtschaftlichen Zwecken, die Reaktion am allerstärksten eingeseht. Hier von einer Ueberproduktion zu reden ist so lange absurd, als nicht das Ziel aller Automobilinteressenten, an Stelle der tierischen Fortbewegungskraft ausschließlich die motorische zu setzen — wobei ja auch ein volkswirtschaftliches Interesse obwaltet — einigermaßen erreicht ist.

Es muß demgegenüber hervorgehoben werden, daß es zur Hauptsache die hohen Betriebs- und Reparaturkosten eines Automobils sind, die seine Verwendung zu wirtschaftlichen Zwecken gegenüber den Pferdegefahren noch immer äußerst unrentabel gestalten. Das moderne Automobil ist eben noch nicht ganz fertig. Aber wie jede neue Erfindung, die geeignet ist, eine mehr oder weniger bedeutungsvolle Umwälzung im Wirtschaftsleben herbeizuführen, in ihrer fabrikmäßigen Ausnützung einen ständigen Wechsel von Aufstieg und Niedergang zu vollziehen hat, so wird auch die Automobilindustrie hierbon in Zukunft nicht verschont bleiben. Immerhin muß anerkannt werden, daß die deutsche Automobilindustrie in ihrer vergangenen Blütezeit von 1906 bis zur Mitte des Jahres 1907 einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen hat. Nach dem kürzlich veröffentlichten Resultat einer vom Reichsamt des Innern vorgenommenen Erhebung über die Entwicklung der Automobilindustrie vergrößerte sich die Zahl der deutschen Fahrzeugfabriken in der Periode 1901 bis 1906 von 12 auf 34. Das angelegte Kapital stieg in der gleichen Zeit von 7,5 Millionen M. auf 43 Millionen M., der Wert der Produktion von 5,6 Millionen auf 51 Millionen M. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter steigerte sich von 1580 auf 10347 mit einer Lohnsumme von 1,8 resp. 13,3 Millionen M. Auch in der verwandten Hilfsindustrie wurde eine ähnliche Steigerung festgestellt. Und zwar bei der Zahl der Betriebe von 66 auf 154, der beschäftigten Arbeiter von 1308 auf 10751, des angelegten Kapitals von 8,2 Millionen auf 50 Millionen M. und des Wertes der Produktion von 6 Millionen auf 82 Millionen M. Die Feststellungen der letzteren Gruppe dürfen wohl stark angezweifelt werden, da in den Produktionszahlen der Hilfsindustrie vieles enthalten ist, was in den Produktionszahlen der Automobilindustrie wieder erscheint. Andererseits aber werden manche Zweige der Hilfsindustrie, wie z. B. die zahlreichen Stellmachereibetriebe, die ohne äußerlich als mitwirkende Kräfte in der Motorfahrzeugfabrikation erkennlich, wohl den größten Teil der Automobilkarosserien herstellen.

Die für die Stellmacher immer mehr steigende Bedeutung der Automobilindustrie gab der Zentralkommission der Stellmacher im Anfang des Jahres 1907 die Veranlassung, Feststellungen über die Zahl der in diesem Berufszweige beschäftigten Berufskollegen und deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu machen. Wenn auch aus manchen Orten resp. Betrieben nicht das benötigte Material einging, so gestattet uns das Resultat der Erhebung doch einen gewissen Ueberblick über unsere damalige Position. Es ging aus 88 Orten brauchbares Material ein. In 70 Betrieben waren hier 1124 Personen beschäftigt. Darunter 422 Kastenmacher, 604 Helfer und Mademacher, 70 Maschinenarbeiter und 28 Lehrlinge. Dem Holzarbeiterverband gehörten nach Abzug der Lehrlinge 666 Kollegen an, gleich 60,8 Proz., anderen Organisationen 93, gleich 8,5 Proz., während noch 377 Kollegen gleich 30,7 Proz. als unorganisiert gezählt wurden.

Am bedeutungsvollsten ist die Herstellung von Automobilkarosserien in Berlin. Hier waren in 17 Betrieben 249 Stellmacher beschäftigt. Der Organisation gehörten jedoch nur 158 Kollegen an. Dieses ungünstige Organisationsverhältnis wird fast ausschließlich durch die drei Hofwagenfabriken von Neus, Kuhlstein und Kühle (Inhaber M. Leuschner) herbeigeführt, wo von den insgesamt beschäftigten 103 Kollegen nur 27 Mitglieder des Verbandes waren. Die beiden letztgenannten Betriebe sind seit einiger Zeit zu einem vereinigt. Besitzer ist der bekannte Schaffmacher May Leuschner. Dieser hat es trotz Konkurrenzreides zuwege gebracht, in Gemeinschaft mit seinem bedeutendsten Konkurrenten Josef Neus, durch systematische Entlassung der Verbandsmitglieder sich die Organisation vom Leibe zu halten. Die Hauptschuld trägt hieran jedoch die große Zahl junger Kollegen aus der Provinz, die zumeist in dem Glauben leben, in diesen beiden Weltfirmen etwas zu lernen, und die Inhaber mit Arbeitsangeboten geradezu überhäufen. Nach kurzer Zeit sehen sich aber diese, zumeist unorganisierten Kollegen, um eine große Enttäuschung reicher, veranlaßt, Berlin wieder zu verlassen. Denn es wird hier niemand zum Lernen eingestellt. Vielmehr haben die jungen, sehr begehrten Arbeitskräfte nur den einen Zweck, auf Grund einer besonderen schematischen Arbeitsmethode, wo jeder Kastenmacher mit 2-3 oder gar vier Helfer zusammenarbeitet, dem Unternehmer zu einem möglichst billigen Arbeitsprodukt zu verhelfen. Die wenigen Kastenmacher mögen dadurch wohl einen verhältnismäßig hohen Verdienst erzielen, aber die Helfer erhalten bei eintöniger abstumpfender Arbeit einen weit geringeren Lohn, als er in anderen Orten üblich ist.

Nächst Berlin haben für den Karosseriebau die Orte Köln und Frankfurt a. M. die größte Bedeutung. In beiden Städten waren je 88 Kollegen beschäftigt. In Köln kommen acht Betriebe in Frage, in Frankfurt a. M. dagegen zwei und zwar die Adlervorte und die Hofwagenfabrik von Krud. Leider ist auch hier das Organisationsverhältnis ein ungünstiges. Im ersteren Orte sind 45 Kollegen im Holzarbeiterverband und 27 Kollegen in anderen Verbänden organisiert, und in Frankfurt a. M. hatten wir 47 Mitglieder, denen 28 andersorganisierte gegenüberstanden. Das Wirken des christlichen Holzarbeiterverbandes und der große Zuzug von außerhalb trägt im wesentlichen an dem unleidlichen Zustand die Schuld. In Stuttgart gehörten von den 77 Beschäftigten 56 Kollegen dem Holzarbeiterverband an. Bei Opel in Rüsselsheim waren 45 Kollegen beschäftigt, organisiert 30. In München verteilen sich die 38 Kollegen auf 5 Betriebe. Die Automobilindustrie ist hier trotz des günstigen Absatzgebietes noch allzusehr in den Kinderschuhen stecken geblieben. Organisiert sind erstleutlichweise 31 im Holzarbeiterverband; doch sind auch noch 5 Christliche vorhanden. Des weiteren beschäftigten Bielefeld in zwei Betrieben 36 Kollegen (davon sind 29 organisiert), Heilbronn in zwei Betrieben 32 Kollegen (organisiert 25), Colmar i. Elz. in einem Betrieb 31 Kollegen (organisiert 21), Mannheim in einem Betrieb 30 Kollegen (11 organisiert, außerdem 18 Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes), Leipzig wies mit drei, Düsseldorf mit zwei und Stolp i. P. mit einem Betriebe je 22 Beschäftigte auf. Organisiert sind in den drei Orten 9, 15 respektive 19 Kollegen. In Nürnberg arbeiteten 20 Kollegen (davon 18 organisiert) zumeist auf kleine Rennwagenkasten. In Delmenhorst und Maderberg in Sachsen arbeiten bei je einem Unternehmer 19 Stellmacher auf Karosseriebau. Das Organisationsverhältnis ist hier ein sehr gutes. Von den anderen in Frage kommenden Orten wäre noch hervorzuheben: Bochum, Köthen in Anhalt, Bremen, Waagen, Eisenach, Gera, Gagganau, Halle a. S., Dresden, Essen, Hildesheim und Nonneburg. Doch ist hier die Zahl der Beschäftigten noch nicht allzu erheblich.

Eine große Differenz besteht bedauerlicherweise noch immer in der Länge der Arbeitszeit. Während die Kollegen in Berlin und München bereits eine wöchentliche Arbeitszeit von 42 resp. 43 Stunden erlangen haben, wurde in Köthen noch 36 Stunden pro Woche gearbeitet. Aber auch die Kollegen in Nonneburg, Waagen und Heilbronn (Werkstatt G. Drauz) sind mit einer wöchentlichen Arbeitsdauer von 63 Stunden noch sehr weit von idealen Zuständen entfernt. Im übrigen zeigt sich das Gesamtbild in folgender Zusammenstellung:

#### Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit in Stunden.

	52	53	54	55	56	57	58	59	60	63	66
Zahl der Orte	1	2	2	3	10	4	2	18	3	1	
Zahl der Betriebe	4	15	4	7	14	5	2	21	3	8	
Zahl der Arbeiter	47	179	65	91	245	100	26	310	85	17	
Arbeiter in Proz.	4,2	15,9	5,8	8,1	21,8	8,9	2,3	28,4	8,1	1,5	

Am meisten ist somit eine Arbeitszeit von 9½ respektive 10 Stunden pro Tag vertreten. Bedenkt man aber, daß sich die Mehrzahl der Karosseriebauanstalten in größeren Städten befinden, wo die Mehrheit der anderen Holzarbeiter bereits 9 Stunden täglich arbeiten, so ergibt sich für fast 75 Proz. unserer Kollegen eine Arbeitszeit, die teilweise noch recht weit über dieses Maß hinausgeht.

Liegt also auf diesem Gebiete unseres Arbeitsverhältnisses noch vieles im argen, so muß doch zugegeben werden, daß die Kollegen mehrerer Orte während der letzten guten Konjunktur die Gelegenheit wahrnahmen, um die bisherigen sehr miserablen Löhne einigermaßen zu heben. Während noch vor 3-4 Jahren ein Verdienst von 30 M. pro Woche und darüber für die Stellmacher kaum denkbar war, ist dieses kaum Geachtete fast überall zur Tatsache geworden, wo man sich durch Zugehörigkeit zur Organisation bewußt war, welche Rasse diese für uns zur Erreichung besserer Zustände bedeutet. Es darf aber demgegenüber nicht verkannt werden, wie sehr die Lohnverhältnisse in der großen Mehrzahl der Betriebe noch im argen liegen. Es erhalten zum Beispiel einen wöchentlichen Verdienst in:

	Bei einer Arbeitszeit pro Woche Stunden	Kastenmacher Mark	Helfer und Mademacher Mark
Waagen (Nowack)	63	18-27	14-17
Breslau (Wibbing)	60	21-24	19-20
Köthen (insgesamt)	66	24	18-23
Döbeln (Ulbricht)	58	18-26	15
Eisenach (Fahrzeugfabrik)	59	26,58	22,42
Gera (Golde)	60	24	21
Halle a. S. (Mathe u. Sohn)	60	27	22
Heilbronn (G. Drauz)	63	27,70	16,50
Heilbronn (Fahrzeugfabrik)	56	27,10	22,80
Nonneburg (Heuer)	60	25,50	20
Nonneburg (Sering u. Richards)	63	26-28	20-26
Stettin (Stöwer)	60	24	24
Stolp (Mitschke)	60	19,50	16,50

Hält man sich nun vor Augen, daß der vom Holzarbeiterverband im Jahre 1906 ermittelte Durchschnittsverdienst für die gesamten Stellmacher Deutschlands 25,68 M. betrug, dann erkennt man so recht, wie weit diese verhältnismäßig hoch qualifizierten Arbeiter zum größten Teil noch von diesem Durchschnitt entfernt sind. Gerade der Bau von Automobilkarosserien erfordert ein so hohes Maß von technischer und praktischer Vorbildung, wobei eine angemessene Bezahlung vor allem am Platze wäre. Es liegt dieses in letzter Instanz schließlich im Interesse einer günstigen Entwicklung dieses Industriezweiges selbst. Viele Arbeitgeber, die solche niedrigen Löhne zahlen, können nicht müde werden, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über die kolossale Steigerung der Arbeitslöhne zu geifern. Die Mehrzahl der Medaille zeigt aber allzu deutlich, wie gering derartige Leute die wahren Triebkräfte wirtschaftlichen Wohlens und Gedeihens eines vielversprechenden Industriezweiges zu schätzen wissen.

Soll sich die deutsche Automobilfabrikation vollständig frei von der starken französischen Konkurrenz machen und darüber hinaus den Weltmarkt erobern und beherrschen, so bedingt dies in allen ihren Zweigen die Heranziehung und Ausbildung einer möglichst qualifizierten und gut bezahlten Arbeiterschaft. Aber es wird hier, wie in allen anderen Industriezweigen, schließlich an den Arbeitern selbst liegen, durch die Gewerkschaftsorganisation für die Herbeiführung derartiger Zustände Sorge zu tragen. Gerade die im Karosseriebau tätigen Stellmacher hätten hierzu allen Anlaß. Noch liegt die zukünftige Entwicklung des Automobils dunkel vor uns. Wir wissen nicht, wann endlich die Motorfahrzeuge nicht mehr als der Wagen der Zukunft betrachtet, sondern allgemein im Gebrauch sein werden. Auch ist es uns unbekannt, wie sich die künftige Bauart der Karosserie und die Betriebstechnik in deren Fabrikation selbst gestalten wird. Aber das eine wissen wir: Das Automobil hat als wirtschaftlich notwendiges Verkehrs- und Transportmittel noch eine große Zukunft und wird, nicht zu unseren Ungunsten, eine gewaltige Umwälzung im Stellmachergewerbe herbeiführen. Gerade die im Vorjahre eingetretene empfindliche Krise wird ein Beträchtliches an Automobiltechniker und Konstrukteure entfachen, um die bisherigen technischen Fehler und Mängel zu beseitigen. Schon zeigt sich seit einiger Zeit eine gewisse Belebung in der Automobilindustrie. An die Kollegen allerorts wird es liegen, die künftige Entwicklung scharf ins Auge zu fassen. Vor allem aber durch Ausbau der Organisation sich stets kampfbereit zu halten, um nicht etwa, wie bisher in den meisten Fällen, erst in dem Moment einzugreifen, wenn es leider schon zu spät ist. Nur in der ständigen Wachsamkeit liegt der Erfolg unserer ganzen Bewegung.

### Soziales.

#### Gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises.

Die zweckmäßige und gerechte Arbeitsvermittlung ist ein Problem, welches trotz der lebhaften Diskussionen, die darüber gepflogen wurden, eine befriedigende Lösung bisher nicht gefunden hat. Nun hat der Straßburger Stadtrat Dominicus ein neues Projekt ausgearbeitet, welches er der öffentlichen Diskussion unterbreitet. Es handelt sich um das im voraus veröffentlichte Referat, welches Herr Dominicus auf dem Mitte November in Leipzig tagenden Kongress des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise zu halten beabsichtigt und welches in dem Entwurf eines Reichsgesetzes zur Regelung des Arbeitsnachweises gipfelt. Nach diesem Entwurf sollen alle Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern obligatorisch verpflichtet werden, öffentliche Arbeitsnachweise einzurichten. Die höhere Verwaltungsbehörde soll aber berechtigt sein, auch kleinere Gemeinden zur Errichtung eines Arbeitsamtes anzuhalten. Die Vermittlungstätigkeit dieser Arbeitsämter soll sich auf alle männlichen und weiblichen Ungestellten, Arbeiter und Lehrlinge erstrecken, mindestens insoweit sie der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung unterliegen. Die neue Eröffnung eines Gewerbebetriebs für Stellenvermittlung sowie die Errichtung eines Arbeitsnachweises durch eine Gemeinschaft von Interessenten (Arbeitgeber oder Arbeitnehmer) ist von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig zu machen; das Bedürfnis gilt als nicht vorhanden, wenn in der betreffenden Gemeinde oder mit Wirkung auch für deren Bezirk eine öffentliche Arbeitsnachweise besteht. Weitere Bestimmungen haben den Zweck, die gewerksmäßige Vermittlung einzuschränken und sie in absehbarer Zeit ohne Zahlung einer Entschädigung ganz aufzuheben. In den öffentlichen Arbeitsnachweisen soll die Vermittlung für beide Teile unentgeltlich erfolgen und die Verwaltung soll streng unparteiisch gehandhabt werden. Im Fall von Streiks oder Aussperrungen wird die Vermittlung fortgesetzt; dem die Arbeitsstelle benützenden Arbeitgeber und

Arbeitnehmer sind etwaige Streiks und Aussperrungen in geeigneter Weise mitzuteilen. Zum Schluss werden noch die Funktionen des zu errichtenden Reichsarbeitsamtes präzisiert, welches die Aufsicht über alle Arbeitsnachweise zu führen hat. In die Kosten sollen sich das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeinden teilen.

Es sind gewiß keine grundstürzenden Ideen, welche Herr Dominicus in seinem Gesetzesvorschlag entwickelt. Sein Entwurf ist aber einer ernsten Besprechung wert, wobei allerdings vom Arbeiterstandpunkt insbesondere Einwendungen dagegen erhoben werden müssen, daß die Arbeitsvermittlung bei Streiks fortgesetzt werden soll. Wegen dieser Bestimmung richtet sich auch die Kritik der Scharfmacher, doch kommen die Bedenken, die hiergegen erhoben werden, im Vergleich zu den sonstigen Einwänden, die von jener Seite kommen, nur wenig in Betracht. Auf der am 4. September in München abgehaltenen Arbeitsnachweiskonferenz deutscher Arbeitgeberverbände hat Dr. Müblius-Mannheim ein Referat gehalten, welches an dem Dominicus'schen Gesetzesentwurf kein gutes Haar läßt. Das Ziel der Arbeitgeberverbände in der Arbeitsnachweisfrage ist — und das kam auch auf der Münchener Konferenz deutlich zum Ausdruck — der Arbeitsnachweis in der Hand der Unternehmerorganisation. Die fakultative Benutzung des Arbeitsnachweises durch die Unternehmer wird als wenig zweckmäßig erachtet, da hierbei die Ueberwachung der ausgesperrten und streikenden Arbeiter zu schwierig ist. Nur wenn die Unternehmer verpflichtet sind, ihre Arbeiter ausschließlich durch den Arbeitsnachweis der Arbeitgeberorganisation zu beziehen, können diese ihre Aufgabe als Maßregelungsbureau voll erfüllen.

Bemerkenswert ist auch die Stellungnahme der Scharfmacher gegenüber den gelben Arbeitsnachweisen. So lieb und wert den Unternehmern auch die Gelben als Streikbrechergarde sind, so lehnen sie es doch ganz entschieden ab, ihnen das Recht zuzugestehen, bei der Arbeitsvermittlung mitzuwirken. Trotz des „guten Kerns“, der in den Gelben steckt, traut man ihnen doch nicht über den Weg; man fürchtet, daß das Klassenbewußtsein in diesen verblendeten Proletariern doch nicht ganz erstorben ist und daß sie „mit der Zeit und besonders mit dem wachsenden Maß ihrer Kräfte zur Emanzipation von dem Einfluß des Unternehmertums neigen“.

An eine Verwirklichung der Vorschläge des Herrn Dominicus ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Es hat wenig zu befagen, daß eine Versammlung der Vertreter von 15 Gemeindefachstellen in Elsfah-Lothringen den Entwurf mit allen gegen eine Stimme genehmigte und der Verband gemeinnütziger Arbeitsnachweise in Baden sich im großen und ganzen mit den Vorschlägen einverstanden erklärte. Der Einfluß der Scharfmacherorganisation ist so weitreichend, daß sie wohl imstande sind, die Durchführung von Einrichtungen zu hintertreiben, die ihnen nicht passen.

Für die Holzindustrie haben ja die Maßregelungsbureau der Unternehmer eine erhebliche Bedeutung noch nicht erlangt, wir haben aber trotzdem ein erhebliches Interesse, das Arbeitsnachweises aufmerksamer zu verfolgen. Der Versuch unseres Verbandes, uns mit dem Arbeitgeberschutzverband der Holzindustriellen über ein Regulativ für paritätische Arbeitsnachweise zu verständigen, ist bekanntlich fehlgeschlagen, da die Generalversammlung des Schutzverbandes den Entwurf abgelehnt hat. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Holzindustriellen nun daran gehen, ihrerseits Arbeitsnachweise nach dem in München gegebenen Rezept einzurichten. Wo ein solcher Versuch unternommen wird, würden ihn unsere Kollegen selbstverständlich energisch entgegenstellen. Wie haben aber, wie gesagt, keine ernsthaften Befürchtungen nach dieser Richtung, da man auf der Gegenseite den Wert unserer Organisation wohl zu schätzen weiß. Notwendig ist es jedoch, daß wir jederzeit darauf aus sind, unseren Verband intakt zu erhalten und ihn zu kräftigen; das bietet uns die sicherste Gewähr, daß wir nicht in die Lage kommen, Kämpfe zur Abwehr von Maßregelungsbureau führen zu müssen.

Zur Reform der Arbeiterversicherung. Den Ende Oktober im Reichsamt des Innern stattfindenden Konferenzen über die Reform der Arbeiterversicherungsgesetze, zu welcher Vertreter der Interessenten geladen sind, sind Fragebogen zugrunde gelegt, die jetzt in der Presse veröffentlicht werden. In bezug auf die Reform der Krankenversicherung sind folgende Fragen gestellt:

I. Wie ist bei einer Reform der Krankenversicherung die äußere Organisation der Krankenkassen zu gestalten? Wie ist dabei dem Bedürfnis nach größerer Zentralisation Rechnung zu tragen? Insbesondere: a) Ist die Gemeindefrankenversicherung als zulässige Form der Versicherung zu beibehalten? b) Welche der nach dem Krankenversicherungsgesetz zugelassenen Kassenarten sind beizubehalten, welche zu beseitigen? c) Inwieweit ist die Zentralisation namentlich der Ortskrankenkassen durch Gesetz vorzuschreiben, inwieweit für die Beteiligten nur zu erleichtern? d) Wie soll für den Fall des Zusammenschlusses die Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Kassen (hinichtlich des Vermögens, des Personals usw.) geregelt werden? e) Wie ist für die Folge das Verhältnis der eingeschriebenen Hilfskassen des Krankenversicherungsgesetzes zu gestalten?

II. Welcher Änderungen bedarf die innere Organisation der Krankenkassen? Insbesondere: a) In welchem Verhältnis sollen Rechte und Pflichten bei der Kassenverwaltung zwischen den Kassenmitgliedern und ihren Arbeitgebern geregelt werden? b) Smpfiehlt sich zur Schaffung eines Ausgleichs zwischen widerstreitenden Interessen beider Gruppen die Einsetzung eines unparteiischen Vorsitzenden? c) Ist durch

gesetzliche Einführung der Verhältnismahl bei den Krankenkassen auch den Minderheitsgruppen eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung zu sichern?

d) Wie sind die Verhältnisse der Kassenbeamten zu regeln? III. Wie ist das Verfahren und der Instanzenzug in Streitfällen der Krankenversicherung zu gestalten? Insbesondere ist eine Uebereinstimmung mit dem Verfahren und dem Instanzenzuge bei den übrigen Zweigen der Arbeiterversicherung anzustreben?

In ähnlicher Weise ist auch der Fragebogen bezüglich des Projekts der Umgestaltung der Alters-, Invaliditäts- und Unfallversicherung abgefaßt. Aus der Formulierung der Fragen können Schlüsse auf das Ergebnis der Konferenz und die schließliche Gestaltung der Gesetzesvorlagen nicht gezogen werden, denn der Fragebogen soll nur den Zweck haben, einen vorläufigen Anhalt für den weiteren Gang der Verhandlungen zu bieten, ohne die Erörterung weiterer Fragen auszuschließen, die mit der Reform der Arbeiterversicherung in Zusammenhang stehen.

Die Reform der preussischen Wahlrechts steht noch in weiterem Felde. Die Liberalen, welche eine Wahlrechtsreform als Lohn für selbstlos geleistete Blockdienste erwarteten, sind die Wamierten, und die Junter machen sich ein ganz besonderes Vergnügen daraus, ihre getreuen Schlepenträger gehörig zu verhöhnern. Die preussische Regierung hat mitgeteilt, daß Erhebungen im Gange seien, um eine statistische Unterlage für die Wahlrechtsreform zu gewinnen. Diese Nachricht ließ alle liberalen Herzen höher schlagen, zeigte sie doch, daß Bülow ein moderner Mensch ist, der die Reformbedürftigkeit des Dreiklassenwahlrechtes anerkannt hat und willens ist, dem Liberalismus Konzessionen zu machen. Einen kleinen Saken hatte die Geschichte allerdings, denn es hieß, die Vorarbeiten würden vor dem Jahre 1909 nicht abgeschlossen sein. Diese späte Festsetzung des Termins mußte uns so merkwürdiger berühren, als es eigentlich einer besonderen statistischen Arbeit nicht bedarf, um die offen zutage liegenden Mängel des Dreiklassenwahlrechtes zu erkennen. Aber die ganze Affäre ist ja nur ein Scherz, der lediglich den Zweck hat, dem Freisinn zu zeigen, wie niedrig er von den junterlichen Blockgenossen eingeschätzt wird. Um den Lohn vollständig zu machen, läßt die Berliner Regierung eine Nachricht verbreiten, nach welcher mit der Fertigstellung der statistischen Vorarbeiten im Jahre 1909 nicht gerechnet wird. Das Ziffernmaterial, das der Bearbeitung harret, sei ungeheuer groß und müßte nach ganz neuen Gesichtspunkten geordnet werden. Damit würde man vor dem Sommer 1910 nicht fertig werden und eine Wahlrechtsvorlage der Regierung sei vor dem Jahre 1911 nicht zu erwarten.

Nun stehen die armen Freisinnigen betäubt vor dem Grabe ihrer Hoffnung; sie können sich nicht verhehlen, daß sie gepöppt sind, und daß die preussische Regierung weniger denn je daran denkt, ihren Wünschen entgegenzukommen. Warum auch? Auf Politiker, die jeden empfangenen Fußtritt mit höflichem Dank quittieren, braucht man keine Rücksicht zu nehmen. Wenn das preussische Volk auf eine Wahlrechtsreform warten wollte, welche die Regierung auf das Drängen des Freisinns bescheert, dann müßte es sich noch lange in Geduld fassen. Zum Glück sind aber noch andere Kräfte im Werk, und so dürfen wir auf eine Befreiung des elendesten aller Wahlgesetze im größten Bundesstaat rechnen, trotz der Maschlappigkeit des Freisinns und trotz des Hohnes der Junterregierung.

Die Konsumvereinsbewegung in Berlin scheint, nach dem uns vorliegenden Geschäftsbericht der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend für das neunte Geschäftsjahr 1907/08, ein lebhafteres Entwicklungstempo einzuschlagen. Die Mitgliederzahl stieg in dem Geschäftsjahr von 6790 auf 10 221 und der Umsatz, der im Vorjahr 696 590 Mk. betragen hatte, stieg auf 1 100 864 Mk. Diese Zahlen lassen erkennen, daß ein großer Teil der Genossenschaftsmitglieder ihrer Genossenschaft nur eine platonische Liebe entgegenbringen. In Wirklichkeit hat auch nur etwa die Hälfte der Mitglieder ihre Monatsblätter rechtzeitig abgeliefert und bei diesen konstanten Rückständen kommt auf den Kopf ein Konsumant von circa 100 Mk. Die andere Hälfte der Mitglieder hat keine Ware aus der Genossenschaft bezogen. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, welche die schwache Entwicklung der Konsumvereinsbewegung in Berlin erklären. Es scheint aber, als ob der Mann nun gebrochen ist. Die Verschmelzung des Konsumvereins mit der Konsumgenossenschaft ist bereits beschlossen und die Hoffnung ist nicht unbegründet, daß diese Verschmelzung von den besten Folgen für die Berliner Konsumvereinsbewegung begleitet sein wird.

Die überseeische Auswanderung über deutsche Häfen hat im September, verglichen mit den vorangegangenen Monaten eine starke Steigerung erfahren. Diese Zunahme wird mit einer vermehrten Nachfrage nach Landarbeitern und mit der Tatsache erklärt, daß die Auswanderungslust im Herbst in der Regel stärker ist als in den Sommermonaten. Die Zunahme des Auswanderungsstromes gilt übrigens nur im Vergleich mit den letzten Monaten; gegenüber den früheren Jahren ist die Zahl der Auswanderer ganz bedeutend zurückgegangen. In den 9 Monaten von Januar bis September wanderten aus:

	1904	1905	1906	1907	1908
über Hamburg	96 393	112 793	126 068	150 388	58 904
„ Bremen	92 495	153 052	157 302	180 421	44 142
	188 888	265 845	283 370	330 807	98 046

Ueber die beiden großen deutschen Seehäfen sind also zusammen 232 761 Personen weniger ins Ausland gegangen als in demselben Zeitraum des vorigen Jahres. Für die beteiligten beiden großen deutschen Seehäfen bedeutet dieser Rückgang in der Auswandererförderung bei Zugrundelegung eines Jahrespreises von 180 Mk. eine Mindereinnahme von 30 4 Millionen Mark, so daß bei einer Anbahnung der Verhältnisse im letzten Quartal mit einem Ausnahmefall des ganzen Jahres von mindestens 40 Millionen Mark zu rechnen sein dürfte.

**Kollegen! Zahlt pünktlich eure Beiträge!**  
Pünktliche Beitragszahlung erleichtert die Mitgliedschaft im Deutschen Holzarbeiterverband.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Steinheim i. Westf. wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags von 10 Pf. erteilt, und zwar ab 15. Oktober d. J.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 44. Wochenbeitrag für die Woche vom 25. bis 31. Oktober fällig geworden.

„Zahlstellen, welche zu den Unterstüzungen der Hauptkasse Zuschüsse aus Lokalbeiträgen gewähren, haben zureichenden Kollegen, die in anderen Zahlstellen zu dem gleichen Zwecke Lokalbeiträge geleistet haben, diese zur Erfüllung der örtlichen Kassenzeit bei der Unterstüzung in Anrechnung zu bringen. Differiert die Höhe der Lokalbeiträge, so sind diese entsprechend umzurechnen.“

Auf diesen Beschluß des Stettiner Verbandstages machen wir die Lokalverwaltungen besonders aufmerksam. Vom Vorstand wiederholt unternommene Versuche, einen Ausgleich in den lokalen Unterstüzungsfragen herbeizuführen, scheiterten; es ließ sich auch nicht feststellen, welcher Teil des Lokalbeitrages für den „gleichen Zweck“ in Anrechnung zu bringen sei. Eine weitere Schwierigkeit boten die öfteren Veränderungen in den lokalen Unterstüzungsfragen. Diese Umstände veranlassen den Vorstand, den Zahlstellen zu empfehlen, den an anderen Orten gezahlten Lokalbeitrag ohne Rücksicht darauf, ob derselbe zu gleichem Zwecke erhoben wurde oder nicht, im ganzen Umfange bei Unterstüzungsanprüchen anzurechnen.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 102755 Wilhelm Winter, Tischler, geb. 14. 7. 57 zu Steinfirchen.
- 105535 Ernst Güth, Tischler, geb. 10. 11. 77 zu Sania.
- 138237 Wenzel Fiedler, Tischler, geb. 20. 4. 84 zu Mlognib.
- 166188 Carl Jandt, Tischler, geb. 2. 7. 80 zu Janow.
- 219699 Max Murrmann, Tischler, geb. 8. 4. 86 zu Seligenstadt.
- 258592 Wenzel Tausche, Tischler, geb. 11. 8. 80 zu Auffig.
- 320078 Herrn. Krüger, Tischler, geb. 29. 9. 88 zu Hedbern.
- 338934 Artur Rodtrod, Tischler, geb. 1. 5. 89 zu Wiffau.
- 345009 Alfred Busch, Tischler, geb. 13. 6. 72 zu Breslau.
- 379002 Friedrich Rehe, Tischler, geb. 14. 8. 88 zu Wadresch.
- 419112 Heinrich Müller, Tischler, geb. 28. 11. 83 zu Frauhafen.
- 420642 Johann Bauer, Tischler, geb. 15. 5. 89 zu Leinburg.
- 421179 Josef Nowack, Polierer, geb. 2. 1. 90 zu Othwiz.
- 428236 G. M. Mosig, Tischler, geb. 9. 1. 82 zu Löbau.
- 438138 Paul Bentler, Tischler, geb. 7. 7. 90 zu Othwiz.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

### Korrespondenzen.

Breslau. (Modelltischler.) In der am 10. Oktober abgehaltenen Branchenversammlung referierte unser Bevollmächtigter Kollege Zumbid über: „Die Entstehung des Zeitungswesens und dessen heutige Bedeutung.“ Hierauf beschäftigte sich unser Sektionsleiter Kollege Renner mit der Frage: „Wie und auf welchem Wege betreiben wir die Agitation am Orte?“ Redner betonte, daß die Zeiten, in denen durch große öffentliche Versammlungen die Kollegen dienstweise unserer Organisation zugeführt wurden, endgültig vorbei sind. Da nun hier am Orte nur solche Kollegen zu organisieren sind, die uns aus dieser oder jener Ursache fahnenflüchtig geworden sind, so hält es doppelt schwer, diese Kollegen für uns zu gewinnen und ihnen das Unüberlegte ihres Schrittes klarzumachen. Redner schlägt deshalb vor, die Kleinarbeit (Hausagitation) zu betreiben, die sich, wie die Erfahrung lehrt, als recht nutzbringend erweist. Nach einer kurzen Diskussion stimmte die Versammlung diesen Ausführungen zu und wählte noch zwei Kollegen zur Unterstüzung des Sektionsleiters bei der Agitation.

Kollegen, es gilt, gerade in den jetzt wiederum beginnenden Wintermonaten eifrig zu agitieren, zu arbeiten an der Durchbildung und Disziplinierung unserer Kollegen. Bei keinem darf die Meinung auftauchen, hierzu wäre das Agitationskomitee gewählt; nein, jeder Kollege, ob jung oder alt, hat sich bei einer Zusammenkunft mit Unorganisierten einer wirksamen, tatkräftigen Agitation zu unterziehen. Sind wir doch auch hier in Breslau von einer Krise heimgesucht worden, wie nie zuvor; die meisten Betriebe arbeiten nur noch acht Stunden oder sehen vollständig aus. Um uns aber über die Ursachen dieses wirtschaftlichen Niedergangs zu informieren, hierzu ist das Erscheinen eines jeden Kollegen in unseren Monatsberausammlungen unbedingt erforderlich. Also keiner bleibe der nächsten Versammlung fern.

Bretten. In unserm schönen Städtchen wird die Landwirtschaft immer mehr durch die industrielle Entwicklung ersetzt. Auch die Arbeiter der Umgegend wenden sich recht zahlreich der Industrie zu. Die Holzindustrie ist hier ziemlich stark vertreten. Wir finden eine zahlreiche Arbeiterchaft in der Bürsten- und Pinselindustrie, in der Forstschneiderei, auch haben wir viele Säger und sonstige Holzarbeiter. Die Lohnverhältnisse sind als geradezu miserabel zu bezeichnen. Doch unsere Kollegen wollen ja keine besseren Löhne. Denn würden sie für ihre Arbeitskraft eine höhere Entlohnung wollen, würden sie doch auch den Weg zur Organisation finden. Wenn unsere Kollegen warten wollen, bis der Herr Sägewerksbesitzer, bis die Herren Molitor, Müller und die übrigen die Löhne freiwillig aufbessern, dann dürfen sie bis zum St. Nimmerleinstag warten. Also, Kollegen, organisiert Euch! Tretet ein in den Deutschen Holzarbeiterverband!

**Blinde i. W.** Seit einiger Zeit ist wieder Ruhe in unserer Zahlstelle eingetreten, das heißt der Streik in den Ristenfabriken ist beendet, obwohl sich noch etwa 17 Kollegen und Kolleginnen auf der Strecke befinden, die aber ebenfalls nach den Abmachungen wieder eingestellt werden sollen. Sie würden auch schon wieder in den Betrieben sein, wenn es sich nicht bei der Firma Mhage u. Gerbrechtsmeyer um die beiden Meister Tegelhof und Dammeyer handelte, welche bei der Einstellung der Leute immer ein Wort mitreden. Leider nicht zugunsten der Aufstehenden; ja, sie setzen geradezu eine Ehre darin, diese noch zu verhöhnen. Am liebsten möchten sie jeden organisierten Arbeiter aus dem Betriebe entfernen. Des öfteren wird versucht, Uneinigkeit in die Reihen unserer Kollegen zu tragen, was auch leider, wenn nicht im Betriebe selbst, dann außerhalb oftmals gelingt. Die Kollegen, die unter der Annuie eines solchen Meisters zu arbeiten haben, sollten endlich einmal einsehen, daß die Liebedienerei solchen Leuten gegenüber nicht am Platze ist, sie sollten in dem 20 Wochen langen Kampfe gelernt haben, was von jenen zu erwarten ist. Statt aber nun im Sinne der Organisation zu handeln, energisch zu agieren und sich als ein im Kampfe gestählter Sieger zu zeigen, Invidien einzelne als wahre Jammergestalten zusammen, zur Freude der Unternehmer; sie besuchen keine Versammlung mehr usw. So wurselt nur weiter, Ihr Lauen und Frauen, wenn Ihr dann in der nächsten Zeit mit der geplanten Tabaksteuer überrascht werdet, dann wird man Euch die Augen schon öffnen, vielleicht werdet Ihr dann Zeit und Muße finden, über Eure Dummheit nachzudenken.

**Düsseldorf. (Stuhlarbeiter.)** In der Stuhlfabrik der Firma Sommer u. Co. sind zirka 25 Kollegen beschäftigt, welche außer einigen „Alten“ sämtlich unserer Organisation angehören. Dennoch ist es hier nicht möglich, für schlechtbezahlte Arbeit Verbesserungen zu erzielen wegen der großen Uneinigkeit, welche vorwiegend unter den Stuhlbauern zu finden ist. Da weiß der eine vom anderen nicht, was er bei seiner Arbeit verdient, und fragt einer seinen Mitkollegen darüber, so bekommt er eine ausweichende Antwort oder wird belogen. Auch sind es einige „Wähler“, die durch ihr intensives Arbeiten ihre und kaum innehaltenden Pausen, um „recht viel“ zu verdienen, jede Verbesserung unmöglich machen. Ferner ist es auch bei einigen die Angst, aus dem Betrieb zu fliegen, wenn sie für ihre Kollegen einzutreten sollen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Den Kollegen kann man nur empfehlen, sich mehr als bisher um ihre Organisation zu kümmern und Mitgliederversammlungen besser zu besuchen, auch böllige Eingekheit zu pflegen; dann wird auch dieser Betrieb später als Musterbetrieb gelten können. Auch in der Polierwerkstatt sollen jetzt sonderbare Verhältnisse eingeführt werden, die aber der Chef, Herr Sostheim, als alle, über zehn Jahre bestehende Schilber. Es kommen gegenwärtig bei den Polierern nur drei Kollegen in Frage, welche ganz unerwartet am 23. September den Afford aufgebürdet bekamen. Bisher war in Lohn gearbeitet worden. Nach einigem Hin- und Herbattieren erklärte Herr Sostheim: Hier ist der Tarif und das Musterbuch und können Sie gleich hier alles durchsehen. Auf die Bemerkung der Kollegen, daß das „Durchsehen“ nicht so schnell ginge und daß sie zwecks Kalkulation das Buch und den Tarif heute abend mitnehmen möchten, wollte Herr Sostheim zunächst nicht eingehen, erst auf wiederholtes Drängen wurde den Kollegen gestattet, beides mitnehmen zu dürfen. Als weitere Neuuerung sollte noch die Einrichtung getroffen werden, daß die Kollegen das Material selbst kaufen, welches von der Fabrik zu entnehmen ist und vom Verdienst in Abzug gebracht werden sollte. Daraufhin trat ein Vertreter der Ortsverwaltung mit Herrn Sostheim in Verhandlung. Den Vorschlag unseres Vertreters, die Lohnarbeit wieder einzuführen und alles beim alten zu lassen, lehnte Herr Sostheim brüsk ab. Nach längerer Verhandlung kam es schließlich zu einer Verständigung, welche besagt, daß auf die bisher gezahlten Preise ein Aufschlag von 5 Proz. kommt und das Material wieder frei geliefert wird. Dieser neue Vertrag wurde dann auch schriftlich vereinbart. Obwohl Herr Sostheim erklärt hatte, daß keine Maßregelung stattfindet, macht sich der Poliermeister Seidel dadurch recht bemerkbar, daß er die „Alten-täter“ auf alle Art und Weise schikaniert, damit sie von selber gehen. Unter solchen Umständen ist es nicht „unverständlich“, wie der Chef und auch der Meister sagen, daß kein Polierer hier aushält. Wenn die Polierer besser behandelt werden, dann werden sie auch aushalten. Die schlechtesten Verhältnisse sind wohl unter den zirka fünfzig Poliererinnen zu finden, welche in einem Saal mit den drei Polierern arbeiten. Leider ist davon keine einzige organisiert. Obwohl sie murren, daß die Preise so niedrig sind, und das Material, welches sie kaufen müssen, so teuer ist (z. B. 1 Liter Polierur 1,80 Mk., 1 Liter Spiritus 60 Pf.), getrauen sie sich nichts zu sagen und lassen sich als Ausbeutungssubjekte benutzen. Man kann hier eine große Menge von Mißständen aufzeichnen, doch wollen wir davon zunächst absehen. Einige Kollegen, die hier im letzten halben Jahr beschäftigt waren oder noch sind, haben sich bemüht, den Poliererinnen über alles Aufklärung zu verschaffen, damit sie sich der Organisation anschließen, aber bisher war leider alles vergeblich. Öffentlich kommen auch die Poliererinnen recht bald zu der Einsicht, daß nur durch ein einziges und festes Zusammenhalten ihre Lage verbessert werden kann. Alle hier zureichenden Kollegen, welche bei der Firma Sommer u. Co. in Arbeit treten wollen, werden gebeten, sich vorher bei der Lokalverwaltung zu erkundigen, um dadurch ein Ueberangebot von Arbeitskräften zu vermeiden.

**(Wergolder.)** In der am 10. Oktober hier stattgefundenen Sektionsversammlung wurden unter anderem die Verhältnisse bei der Firma A. G. Freiberg u. Co. in Oberfässel bei Düsseldorf beleuchtet. Während der Geschäftsgang bei den übrigen Firmen ein ruhiger war, mußten die dort beschäftigten den größten Teil des Jahres überarbeiten. Die normale Arbeitszeit beträgt dort noch 10 Stunden. Bisher wurde diese Firma sehr gemieden und war man dort zufrieden, wenn man nur gelernte Arbeiter erhalten konnte. In letzter Zeit herrscht jedoch ein starkes Angebot, was auch ein anderes Verhalten der Geschäftsleitung den Arbeitern gegenüber zur Folge hat. Zwar haben sich die dort beschäftigten Berufs-Kollegen fast alle unserer Organisation angeschlossen, doch bedingen die dortigen Verhältnisse eine geschlossene Phalanx nicht. Hier herrscht noch

der Grundsatz: Jeder ist sich selbst der Nächste. Fragt nun ein Arbeiter um Arbeit an, so wird ihm geschrieben: Wir zahlen Stundenlöhne von 40 bis 50 Pf. und mehr. Hier angekommen, wöniglich mit leerer Börse, wird ihm geheißen, erst mal eine Woche auf Probe zu arbeiten, damit man sehen kann, was geleistet wird. Kommt dann der Arbeitstag, so zahlt man ihm nicht die besseren und besten Löhne, sondern je nachdem der Mann gewachsen ist. Ist er groß, bekommt er 40 Pf., ist er klein, bekommt er unter 40 Pf.; er wird aber auf Zulage vertrießt. Diese kommt aber nicht von selbst, und mit dem horrenden Lohne von 40 Pf. und weniger ist schlecht auszukommen, da werden dann alle möglichen Anwendungen riskiert, um die ersehnte Zulage zu begründen. Hier ein Beispiel. Zwei Kollegen erhalten ein und denselben Lohn. Der eine sieht, daß er mehr Arbeit leistet als der andere und begründet hiermit der Geschäftsleitung gegenüber seine Zulage. Diese wird ihm jedoch nicht gewährt, sondern der, welcher weniger arbeitet, fliegt. Solche und andere Vorkommnisse sind an der Tagesordnung und gleicht der Betrieb einem Taubenschlag. Die älteren Kollegen sehen dem mit bedauernder Miene zu und wünschen nur, daß ihnen ihre Pfünde erhalten bleibt. Und doch wäre es gerade bei dieser Firma ein leichtes, Remedur zu schaffen. Doch hat man einmal das Glück, den Kollegen gegenüberzutreten, da loben sie ihren Chef oder sie kommen gar nicht und machen hämische Bemerkungen. Dessenungeachtet beschloß die Versammlung, in nächster Zeit wieder eine Werkstellenitzung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Warum sind wir organisiert?“ Der Bericht über die Versammlung wird in der „Holzarbeiterzeitung“ veröffentlicht.

**Guggenau.** Recht oft schon haben sich die Kollegen der Süddeutschen Automobilfabrik über die sanitären Einrichtungen der Fabrik beklagt. Würden diese Einrichtungen von der Fabrikinspektion einmal gründlich geprüft, sie würden sicherlich als nicht einwandfrei befunden werden. Die Stundenlöhne betragen in dieser Fabrik bis zu 34 Pf. Unsere Stuhlarbeiter verdienen 27 bis 35 Pf. pro Stunde. Auch sonst ist die Lohnverhältnisse nicht erfreulich. Wenn unsere Kollegen ihrer Organisationspflichten stets eingedenk sind, wird bald eine Venderung zum Besseren eintreten.

**Susum.** Schon seit längerer Zeit läßt der Besuch unserer Versammlungen viel zu wünschen übrig. Ganz speziell sind es die Kollegen von der Möbelfabrik, von denen ein großer Teil es nicht mehr der Mühe für wert hält, in die Versammlungen zu kommen. Dabei lassen aber gerade die Arbeitsverhältnisse in der Möbelfabrik andauernd sehr vieles zu wünschen übrig. Gerade die Kollegen von der Möbelfabrik hatten am meisten Ursache, regelmäßig die Versammlungen zu besuchen. Statt dessen ziehen es viele vor, nach Feierabend noch zu Hause zu arbeiten. Ja, einige Kollegen übernehmen sogar ganze Zimmereinrichtungen; selbst für Möbelgeschäfte arbeitet man. Da wird dann oft bis in die Nacht hinein gezimmert und gehobelt, als wenn man ohnedem verhungern müßte. Kollegen, glaubt ihr wirklich, durch diese Heimarbeit eure Lage zu verbessern? Das gerade Gegenteil ist der Fall. Systematisch arbeitet Ihr dadurch unseren Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit entgegen. Allgemein hört man hier die selbständigen Meister über Mangel an Aufträgen klagen und man kann es schließlich begreifen, wenn sie sich unter diesen Umständen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen widersetzen. Wollt Ihr bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen, dann hört endlich auf mit dieser Pfuscheri. Die Heimarbeit, ganz gleich welcher Art, ist ein Krebsgeschaden, der uns anstatt vorwärts nur rückwärts bringt. Nur durch festen Zusammenhalt und gemeinsames, zielbewusstes Arbeiten können wir unsere Lage verbessern. Kollegen, früher galten die Holzarbeiter einmal als die Pioniere der Arbeiterbewegung in Susum, sorgt dafür, daß wir uns diesen Namen auch in Zukunft wieder verdienen. Erscheint Mann für Mann in der nächsten Versammlung.

**Witten.** Ein raffinierter Terrorismus wird von der Leitung der hiesigen Wägen- und Maschinenfabrik Diebold u. Co. der Arbeiterbewegung gegenüber getrieben. In diesem Betrieb wird mit Zustimmung der Direktion ein sogenannter Fabrik-Spar- und Unterstützungsverein von den Werkführern im Auftrag ihres Obermeisters propagiert. Dieser Unterstützungsverein ist aber in Wirklichkeit nichts anderes als ein gelber Streikbrecherverein. Im § 5 Absatz IIa der Satzungen dieses Vereins heißt es: „Dem Verein darf nicht angehören, wer fortgesetzt dem Zweck des Vereins zuwiderhandelt, insbesondere einem sozialdemokratischen Verein beitrifft oder, falls er einem solchen angehört, nicht sofort austritt.“ Unter dem Begriff sozialdemokratischer Verein sind aber ganz besonders unsere Gewerkschaften gemeint. Obgleich am 26. April 1906 der Direktor ehrenwürdiglich zu Protokoll gegeben hat, den Arbeitern freies Koalitionsrecht einzuräumen, wird jetzt die Krisis zu einem brutalen Druck benutzt. Jahrzehnte lang beschäftigte Kollegen werden jetzt vor die Entscheidung gestellt: Entweder dem gelben Streikbrecherverein beizutreten und damit aus dem Deutschen Holzarbeiterverband auszutreten oder Entlassung. Veranlaßt durch die Furcht vor längerer Arbeitslosigkeit ist ein Teil der Kollegen dem Zwange gefolgt, während ein widerstrebender anderer Teil entlassen wurde. Unter den letzteren befindet sich auch ein seit 11 Jahren beschäftigtes Mitglied des Arbeiterausschusses, welches sich vor zwei Jahren um die Beilegung der allgemeinen Metallarbeiterausperrung in Dresden, Meissen und Umgegend außerordentlich bemühte. Der Direktor Locke erklärte damals diesem Kollegen unter Handschlag: „Wir sind Ihnen großen Dank schuldig, Sie können bei uns arbeiten, solange wie Sie wollen!“ Dieser Dank ist jetzt die Entlassung, da der Kollege es mit seiner Arbeiterethik nicht vereinbaren konnte, der Gewerkschaft den Rücken zu kehren. Würden die Arbeiter einen solchen Terrorismus üben, so würden die Unternehmer Peter und Morbio und nach dem Staatsanwalt schreiben, denn der § 158 der Gewerbeordnung ist doch nur zum einseitigen Schutz der Unternehmerinteressen vorhanden. Da ein Schutz der terrorisierten Arbeiter von der Gesetzgebung nicht zu erwarten ist, wird es gut sein, die Arbeiterethik, die zum großen Teil zur Kundenschaft der Firma Diebold u. Co. gehört, von dem dort geübten Terrorismus zu unterrichten, damit sie ihr Verhalten danach einrichten kann.

**Unsere Lohnbewegung.**

In Brandenburg ist die Abwehrbewegung bei der Firma Adolf Schmidt, Brandenburger Glanzrohmböfelfabrik, beendet, nach längerem Verhandeln ein neuer Tarif vereinbart. Leider war es nicht möglich, die bestehenden Affordpreise aufrechtzuerhalten, es mußten die Kollegen, den Verhältnissen entsprechend, in eine zirka fünfprozentige Reduzierung der Affordpreise und in den Wegfall der Vergütung für Einzelanfertigung und für Arbeiten in Naturweiß willigen. Aus der beendeten Abwehrbewegung ist wieder ersichtlich, welchen Wert die Unterschrift eines Unternehmers bei Abschluß von Verträgen hat. Im genannten Betriebe waren bereits in den früheren Jahren Verträge abgeschlossen. Der bis zur Abwehr bestehende Vertrag sollte noch bis zum 1. April 1909 Gültigkeit haben. Dieses war für Herrn Schmidt jedoch kein Hindernis, seine gegebene Unterschrift, nachdem ihm die Zeit hierzu günstig erschien, zu brechen. Er arbeitete einen neuen Tarif aus und entließ alle Kollegen, welche nicht zu seinem neuen Tarif arbeiten wollten. Als die Organisationsleitung hiergegen Einspruch erhob, wurden sämtliche Kollegen ausgesperrt. Nach vierwöchentlicher Aussperrung wurde mit dem Herrn Schmidt wegen Beilegung der Differenzen verhandelt; es kam eine Vereinbarung zustande, nach welcher die Kollegen im Lohn ihren bisher verdienten Durchschnittslohn erhalten sollten. Auch hier hatte Herr Schmidt eine eigentümliche Auffassung von Lohnarbeit. Die Kollegen sollten ihren bisherigen Lohn nach dem neuen Tarif des Herrn Schmidt verdienen. Wie dieses bei einer zirka zehnprozentigen Reduzierung der Affordpreise möglich sein sollte, war allerdings Geheimnis des Herrn Schmidt. Es wurden auch jetzt wieder einige Kollegen entlassen, welche ihren Lohn nicht nach dem neuen Tarif des Herrn Schmidt verdienten. Es wurde nochmals mit dem Unternehmer verhandelt und kam nun der eingangs erwähnte Vertrag zustande. Leider hatten sich auch hier einige Auchkollegen gefunden, welche dem Unternehmer als Helfer in der Not beispringen zu müssen glaubten. Damit die Namen nicht unbekannt bleiben, seien sie hiermit genannt. Als erster erschien ein Herr Bräutigam aus Witleben (Thüringen), ferner die beiden Auchkollegen Hiller und Prißkow, welche aus Berlin zugereist sind. Für die beiden letzteren hatte Herr Schmidt Kost und Wohnung im eigenen Hause eingerichtet, um jede Annäherung mit den Ausgesperrten zu vermeiden. Diese nützlichen Elemente haben nun während ihrer Anwesenheit in Brandenburg eine so segensreiche Tätigkeit entfaltet, daß Herr Schmidt sowie auch andere, welche mit diesen Leuten zusammenkamen, ihrer noch lange gedenken werden. Die beiden letztgenannten Arbeitswilligen betätigten sich anscheinend prinzipiell nur als „nützliche Elemente“, denn der Prißkow macht jetzt in Braunschweig von sich reden. Der Auchkollege Hiller hat anscheinend sein Tätigkeitsfeld wieder nach Berlin verlegt, nachdem seines Weibens in Brandenburg nicht mehr möglich war. Auch ein jugendlicher Arbeiter, Bogit mit Namen, der Sohn eines organisierten Holzarbeiters, hielt es für angebracht, Herrn Schmidt während der Aussperrung seine Dienste anzubieten, obgleich er sonst nicht viel vom Arbeiten hält. Aus der Bewegung ergibt sich, daß man den Wert der Tarifverträge nicht überschätzen darf. Nur eine starke Organisation ist in der Lage, für die Kollegen annehmbare Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die auswärtigen Kollegen werden hoffentlich Herrn Schmidt während der Saison nicht allzulehr mit dem Angebot von Arbeitskräften belästigen, damit er nicht wieder auf den Gedanken verfällt, nur bei Adolf Schmidt in Brandenburg sind die besten Arbeitsbedingungen der Gestellbranche.

In Braunschweig dauert der Abwehrstreik bei der Korbmachereifabrik O. Steinhage u. Co. ununterbrochen fort. Seit dem 1. Oktober führt der bisherige Sozialis, der frühere Klempnermeister Unger unter der Firma „F r a n z U n g e r“ das Geschäft auf eigene Rechnung fort. Herr Steinhage ging und hat es nun Herrn Unger überlassen, Arbeitswillige heranzuschaffen. Auf drei von Kößchenbroda eingegangenen Anfragen um Arbeit, wurde den Kollegen mitgeteilt, daß sie sofort anfangen könnten. Sie täteten jedoch gut, boretzt auf der Herberge zu Heimat in Braunschweig Logis zu nehmen und dann Nachricht an die Firma zu geben, dann würden sie abgeholt. Selbst der Werkmeister M a s o w glanzte sich auch noch besonders verdient zu machen, und suchte in einer Randbemerkung, darauf hinzuweisen, daß, falls noch einige Kollegen Lust hätten, nach Braunschweig zu kommen, sollten dieselben gleich kommen. Leider wurde es nichts, und alle Nachfrage auf der Herberge zur Heimat nach den neuen Anbimmelungen war vergebens. Alles hat versagt, jetzt soll nun die Polizei helfen. Vier Anzeigen sind bereits erstattet. Der Arbeitswillige, der Meister, Herr Unger, alle fühlen sich „belästigt“ und verlangen, daß die Streikposten entfernt werden. Die Polizei ist auf Posten, aber wir auch, und da nun einmal das Streikpostenstehen erlaubt ist, werden wir unser Recht weiter ausüben. Trotzdem Herr Unger in seinem Schreiben an die Ortsverwaltung betonte, daß doch jeder einsehen müßte, daß die Affordpreise zu hoch sind, hat er auf unser Anerbieten nicht geantwortet, hofft also jedenfalls doch noch auf Arbeitswillige, nach denen er sich bis jetzt vergeblich bemühte.

In Fürstenberg dauert der Abwehrstreik der Korbmacher ununterbrochen fort. Am 10. Oktober haben wieder zwei Meister ihren Gesellen den Lohn gekündigt. Da sich auch diese Kollegen den Abzug nicht gefallen lassen, so wird sich die Zahl der Streikenden wieder vermehren. Wir bitten die auswärtigen Kollegen, Zugang von Korbmachern nach Fürstenberg fernzuhalten.

In Guben befinden sich die Korbmacher seit vier Wochen im Abwehrstreik. Von den Streikenden haben fünf Kollegen den Ort verlassen, zwei Kollegen sind anderweitig untergebracht, so daß noch elf Kollegen am Ort verbleiben. Die Stimmung der Kollegen ist gut, sie wollen alles daransetzen, daß der Sieg unser wird. Wir bitten, den Zugang fernzuhalten.

In Wulsdorf ist die Aussperrung der Korbmacher beendet. Nach einem vierwöchentlichen Kampf, welcher auf beiden Seiten große Opfer erforderte, verzichteten die Unternehmer auf die Anerkennung des Tarifabschlusses bis 15. April 1911 und erklärten sich bereit, die Werkstellen zu öffnen zu den Löhnen und Bedingungen des bisher gültigen Vertrages. Das nach Abschluß des Tarifabschlusses

willigte Holzsortieren soll aber in Wegfall kommen. In unserer Versammlung vom 15. Oktober erklärte sich die Mehrheit für Beendigung des Kampfes. Maßgebend hierfür war in erster Linie der Umstand, daß die Unternehmer den Kampf ohne Ueberlegung führten. Es ist gewiß, daß sie es darauf ankommen lassen, die Rundschaft zu verlieren und daß das Geschäft nach außerhalb verdrängt wird. Das konnte uns nicht gleichgültig bleiben, weil hier eine große Zahl verheirateter Kollegen wohnhaft ist, deren Ueberfiedelung in andere Gegenden sehr unangenehm gewesen wäre. Die schlechte Geschäftslage im allgemeinen tat ihr übriges. Nach den ersten Anzeichen fühlen sich die Unternehmer als Sieger — was sie durchaus nicht sind — und mahregeln die ihnen unlieblichen Kollegen. Es sind noch eine Menge verheirateter arbeitslos, welche es wohl für lange Zeit bleiben dürften, wenn nur der regelmäßige Winterzug nach hier stattfände. Jedenfalls ersuchen wir alle Kollegen, bevor sie in die Unterwesergegend kommen, sich bei der Zahlstellenverwaltung über die Verhältnisse zu informieren. Ueber den weiteren Verlauf der Dinge werden wir die Kollegen fortlaufend unterrichten.

### Aus der Holzindustrie.

#### Vorsicht beim Abschluß von Arbeitsverträgen.

Beim Eintritt in eine Lohnbewegung machen die Kollegen mitunter die Erfahrung, daß einzelne Nebenarbeiter, auf deren Beteiligung am Ausstand man mit Sicherheit rechnen durfte, plötzlich erklären, nicht mitmachen zu können, da sie vertraglich gebunden seien und erst eine längere Kündigungszeit absolvieren müßten. Wenn es sich bei solchen Verträgen um Werkführer oder Leute in ähnlicher Stellung in großen Betrieben handelt, wird sich gegen den Abschluß eines Sondervertrages wenig einwenden lassen. Verbandsmitglieder, die eine Vorgesetztenstellung annehmen, müssen sich darüber klar sein, daß sie an ihrem Posten über kurz oder lang mit ihren Verbandspflichten kollidieren, wenn sie die Erwartungen des Unternehmers rechtfertigen wollen. Es liegt natürlich nicht im Verbandszweck, vorwärtsstrebende Kollegen von der Annahme eines Werkführerpostens abzuhalten, aber derjenige, den sein Streben an eine solche Stelle gedrängt hat, wird sich sehr ernsthaft die Frage vorlegen müssen, ob sich seine Stellung mit der Mitgliedschaft im Verband vereinbaren läßt.

Nicht immer sehen die Unternehmer darauf, daß der zum Werkführer Ausgewählte sich durch hervorragende berufliche Richtigkeit auszeichnet, oft genug wird der Hauptwert auf besondere Charaktereigenschaften gelegt und darauf gesehen, daß es der Werkführer versteht, energisch aufzutreten und die ihm unterstellten Arbeiter zur intensiven Tätigkeit anzuhalten. Der Werkführer ist eben der Vertrauensmann des Unternehmers und muß ausschließlich dessen Interessen wahrnehmen. Wenn er sich als Gegenleistung neben einer entsprechenden Geldentschädigung auch eine gewisse Sicherheit seiner Stellung in Gestalt einer längeren Kündigungsfrist garantieren läßt, wird man das vom menschlichen Standpunkt begreiflich finden.

Manche Unternehmer beschränken sich aber nicht darauf, Verträge, die eine längere Kündigungsfrist vorsehen, nur mit den Werkführern abzuschließen, sondern sie suchen sich auf die gleiche Weise die Arbeitskraft gewisser Arbeiter zu sichern. Man macht diese Beobachtung besonders häufig zu Zeiten, wo Konfliktstoff in der Luft liegt und eine Lohnbewegung in Vorbereitung ist. Da werden einzelne Arbeiter ins Kontor gerufen und ihnen eröffnet, daß sie zu einer höheren Charge ausersehen seien. Sie sollen als Vorarbeiter gelten und demnach zum Werkführer befördert werden, zunächst müßten sie aber einen Vertrag unterzeichnen, der in der Regel in bezug auf die Lohnhöhe gar keine oder sehr unklare Bestimmungen enthält. Dafür aber deutlich ausspricht, daß die Lösung des Arbeitsverhältnisses nur nach einer vier- oder sechswochentlichen Kündigung, womöglich erst zum Quartalschluß, erfolgen kann. Die strengste Geheimhaltung eines solchen Vertrages vor den Kollegen wird natürlich zur heiligsten Pflicht gemacht, denn es sollen doch noch verschiedene andere auf die gleiche Weise eingefestigt werden. Nicht selten fallen die Kollegen auf solche Kniffe wirklich herein und wenn man die Dinge untersucht, kann man mitunter die Erfahrung machen, daß ein erheblicher Teil, wenn nicht gar alle Arbeiter eines Betriebes durch geheime Verträge zu Vorarbeitern ernannt sind. Kommt es dann zur Arbeitseinstellung, dann geraten die mit dem Vertrag behafteten Kollegen in eine unangenehme Situation. Wollen sie, wie es ihre Pflicht und meist auch ihre Absicht ist, die Arbeit einstellen, dann beruft sich der Unternehmer auf seinen Schein und die Betroffenen stehen vor der Wahl, zum Verräter an ihren kämpfenden Kollegen zu werden, oder eine hohe Konventionalstrafe zu zahlen.

In einer solchen Lage befand sich kürzlich ein Kollege in Nürnberg, der von dem Fabrikanten Gg. Abraham der Vereinigten Möbel- und Spiegelfabrik vor dem Gewerbegericht wegen Vertragsbruch verklagt wurde. Am 2. Oktober hatte der Kollege, ein Polierer, auf Veranlassung des Unternehmers einen Vertrag unterschrieben, der eine vierwöchentliche Kündigungsfrist vorsieht; tags darauf traten die Kollegen in dem Betrieb in einen Streik und der fragliche Polierer, der nicht zum Verräter werden wollte, stellte die Arbeit mit ein. Der Unternehmer verlangte nun die Einhaltung der vertraglichen Kündigungsfrist oder die Zahlung einer Entschädigung von 400 Mk. Vom Beklagten wurde wohl hervorgehoben, daß er den Vertrag in der Aufregung unterschrieben habe und ihm auch verschwiegen wurde, daß die Arbeiter in den Ausstand zu treten gedanken. Er wurde vom Gericht aber trotzdem verurteilt, das Arbeitsverhältnis wieder aufzunehmen und die Arbeit bis zum Ablauf der vierwöchigen Kündigungsfrist fort-

zusetzen. Falls das binnen einer Woche nicht geschieht, hat er 120 Mk. Entschädigung zu zahlen.

Das Gericht hat in diesem Fall die Entschädigungsforderung von 400 Mk. für zu hoch erachtet und sie auf 120 Mk. ermäßigt; aber auch das ist noch ein ganz erheblicher Betrag, dessen Aufbringung dem betroffenen Kollegen nach rechte Schwierigkeiten bereiten dürfte. Dieser Vorgang legt den Kollegen die Pflicht auf, bei Abschluß von Arbeitsverträgen recht vorsichtig zu sein; am besten werden sie fahren, wenn sie die Unterschrift unter solche Schriftstücke überhaupt verweigern.

Die Balkanvorgänge und die deutsche Holzindustrie. Auf der Balkanhalbinsel rumort es. Der Fürst von Bulgarien hat sich den Titel eines Zaren beigelegt und sein Land, das bisher unter der Oberhoheit der Türkei stand, als unabhängig erklärt. Gleichzeitig sind die, seit dem Berliner Kongreß im Jahre 1878 von österreichischen Truppen besetzten Provinzen Bosnien und Herzegovina, die obwohl formell noch zur Türkei gehörig, tatsächlich unter österreichischer Verwaltung standen, von Oesterreich annektiert worden. Mit dieser Aenderung der Dinge sind natürlich die Türken nicht einverstanden, ganz besonders regen sich aber die Serben auf, die gern selbst Bosnien annektiert hätten. Da auch die anderen Balkanstaaten aus der Umbildung Vorteile ziehen wollen und zu erwarten steht, daß die Großmächte bei der endgültigen Regelung der Dinge ein Wort mitzusprechen wollen, wobei natürlich jeder darauf bedacht ist, Beute zu machen, ist die politische Lage im höchsten Maße gespannt. Es läßt sich im Augenblick noch nicht voraussagen, ob sich die drohenden Wetterwolken wieder verziehen werden, oder ob es zu einem Kriege kommt, der leicht größeren Umfang annehmen kann. Aber selbst wenn ein ausbrechender Krieg auf den Balkan beschränkt bliebe, würde er neben den allgemeinen Folgen sich insbesondere für die deutsche Holzindustrie recht unliebsam bemerklich machen.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird dazu geschrieben: „Die deutsche Holzindustrie hat alle Veranlassung, sich gegenwärtig mit den politischen Vorgängen im Orient und auf der Balkanhalbinsel zu beschäftigen. Kommen doch von dort ganz beträchtliche Mengen der in Deutschland von dem Konium gebrauchten, bearbeiteten Hölzer. Der Verbrauch dieser Waren ist in den letzten Jahren beständig gestiegen. Gefördert wurde er dadurch, daß von österreichischen und bayerischen Firmen viele neue holzindustrielle Unternehmungen errichtet wurden, die ihren Absatz hauptsächlich in Deutschland suchten. Im Falle eines Krieges würde zweifellos das auf der Balkanhalbinsel schon an sich knappe Eisenbahnwaggonmaterial noch stärker in Anspruch genommen werden, so daß in der Expedition der Lieferungswaren unliebsame Verzögerungen eintreten müßten. Manche Abschlässe würden daher kaum erfüllt werden. Die Folge davon müßte eine stärkere Forderung der inländischen Werke sein. Diese dürften also eventuell mit vermehrten Aufträgen rechnen können. So sehr Deutschlands Holzindustrie und Holzhandel Interesse an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens haben, so wenig könnten kriegerische Entwicklungen im Orient anders als im Sinne einer Einschränkung der Holzzufuhr wirken.“

Vereinigte Pinzel-Fabriken in Nürnberg. Die Gesellschaft erzielte laut Geschäftsbericht in 1907/08 eine Fabrikationseinnahme von 1.351.951 Mk. (1.362.089). An Mieten und Zinsen wurden 84.766 Mk. (80.889) vereinnahmt. Unkosten betragen 505.034 Mk. (499.374). Die Abschreibungen sind von 156.269 Mk. auf 59.782 Mk. reduziert worden. Es verbleibt ein Reingewinn von 925.012 Mk. (848.674). Daraus sollen 50.000 Mk. (wie i. V.) dem außerordentlichen Reservefonds, 125.000 Mk. dem Spezialreservefonds, der im Vorjahre 50.000 Mk. erhielt, zugeführt, 15 Proz. = 562.000 Mk. (wie i. V.) Dividende verteilt, 108.480 Mk. (103.562) Familien und Gratifikationen gewährt und 81.032 Mk. (82.611) auf neue Rechnung vorgetragen werden. In der Bilanz erscheinen: 1.900.595 Mk. (1.930.197) Immobilien, 135.335 Mk. (130.706) Wechsel, 1.415.009 Mk. (1.311.989) Vorräte, 2.638.779 Mk. (2.519.726) Debitoren und Bankguthaben. Die Zilliale Zins steht mit 134.996 Mk. (117.818) zu Buch, die Zilliale Nehm-Vork mit 261.192 Mk. (272.980). Für das neue Geschäftsjahr glaubt die Verwaltung ein gleich befriedigendes Resultat wie bisher erwarten zu dürfen.

### Gewerkschaftliches.

#### Eine Niederlage der christlichen Gewerkschaften.

In ihrem Kampf gegen die katholischen Fachabteilungen haben die christlichen Gewerkschaften eine schwere Niederlage erfahren. Die höchste Autorität der katholischen Christenheit, der Papst, hat sich mit den Zielen der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) ausdrücklich einverstanden erklärt und diesen selbst seinen apostolischen Segen erteilt.

Bekanntlich führen die christlichen Organisationen der beiden Richtungen einen erbitterten Kampf gegeneinander, der gerade gegenwärtig hohe Wogen schlägt. Die christlichen Gewerkschaften verwerfen zwar offiziell den Klassenkampfstandpunkt, in der Praxis nähern sie sich aber immer mehr der Stellung, welche die sozialistischen Gewerkschaften einnehmen. Sie betonen immer stärker den Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern und haben allmählich erkannt, daß Gewerkschaften nur als Kampforganisationen Existenzberechtigung haben. Sie geben sich zwar redliche Mühe, ihre christliche Weltanschauung hervorzuheben, welche sie von den sozialistischen Gewerkschaften trennt, sie wissen aber sehr wohl, daß bei der Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben das religiöse Moment keine Rolle spielt. Deshalb sind sie interkonfessionell, d. h. sie nehmen neben den Katholiken, welche das Gros ihrer Mitglieder stellen, auch Evangelische auf. Aus ihrer Eigenschaft als interkonfessionelle Organisationen legen sie ein so großes Gewicht, daß sie sich besonders bemühen, evan-

gelische Mitglieder heranzuziehen und zu dem Zweck sogar bei der Anstellung von Beamten evangelische Mitglieder bevorzugen.

Ganz anders ist die Stellung der katholischen Arbeitervereine und Fachabteilungen. Sie erheben zwar auch den Anspruch, als gewerkschaftliche Organisationen angesehen zu werden, aber dieser Anspruch ist nicht begründet. Nicht allein deshalb, weil sie ausschließlich katholische Mitglieder aufnehmen und sich damit der Möglichkeit begeben, gewerkschaftliche Aufgaben intensiv zu erfüllen, sondern ihre ganze Lebensauffassung ist gewerkschaftsfeindlich. Sie erstreben nicht die Gleichberechtigung der Arbeiter im Wirtschaftsleben und finden es sehr unchristlich, die Begehrlichkeit der Arbeiter zu wecken. Ihr wichtigstes Ziel ist, den Arbeiter mit seinem Lose zufrieden zu machen und ihn zu einem den Priestern wohlgefälligen Lebenswandel zu erziehen. Deshalb spielt die Geistlichkeit in den Fachabteilungen die erste Geige, und die Arbeitervereine betrachten den unbedingten Gehorsam gegen die Befehle der geistlichen Oberen als erste Pflicht.

Der Gegensatz zwischen den beiden Arten christlicher Vereine kam mit ganz besonderer Schärfe auf der internationalen Konferenz der christlichen Gewerkschaftsführer zum Ausdruck, die Anfang August dieses Jahres in Zürich abgehalten wurde. Die Hauptführer der christlichen Gewerkschaften sprachen sich dort mit einem Freimuth gegen die Einmischung der Bischöfe in gewerkschaftliche Angelegenheiten aus, der mit Recht das größte Aufsehen erregte. Aber die Strafe für diesen Versuch der Auflehnung gegen die geistliche Autorität folgte dem Vergehen auf dem Fuße. Auf dem bald darauf abgehaltenen Katholikentag zu Düsseldorf holten sich die christlichen Gewerkschaftsführer einen derben Küffel vom Erzbischof von Köln, der sie auch aus dem Segen ausließ, den er den katholischen Fachabteilungen spendete. Seither tobt der Streit in den Spalten der christlichen Presse mit unverminderter Schärfe.

Es war ein von ihrem Standpunkt aus recht schlauer Schachzug der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung, daß sie den Papst gewissermaßen als Schiedsrichter aufgerufen haben. Sie schickten Voten nach Rom, die natürlich nicht mit leeren Händen vor dem Haupt der Christenheit erscheinen durften. Die Glückwünsche und Guldigungsadresse, welche die Deputation am 5. Oktober dem Papst in Privataudiens überreichen durfte, war mit der Kleinigkeit von 25.000 Lire beschriftet. Die Vertreter der katholischen Fachabteilungen fanden denn auch in Rom eine sehr huldvolle Aufnahme. Der Papst spendete der Deputation nicht nur den apostolischen Segen, sondern hielt zuvor eine Ansprache, die voll des Lobes über die katholischen Arbeitervereine und deren Wirken und Streben war. Diese Rede des Papstes dürfte bei den künftigen Auseinandersetzungen im christlichen Lager noch eine ziemlich Rolle spielen, weshalb wir sie hier ausführlich wiedergeben:

„Ich empfangen euch mit großer Freude, nicht nur, weil ihr gekommen seid, um mir eure Glückwünsche zu meinem goldenen Priesterjubiläum auszusprechen und den Peterspfennig darzubringen, den ihr der Armut des Stellvertreters Christi opfert, sondern auch vor allem deshalb, weil ihr in eurem Verband gemäßigten kirchlichen Prinzipien unter kirchlicher Autorität arbeitet, dadurch euch den Frieden des Gewissens und irdische Wohlfahrt verbürgt. So bleibt ihr einig, seid sicher, den rechten Weg zu gehen, und ihr habt an der kirchlichen Autorität einen zielbewußten Führer und Verteidiger, der mit Gerechtigkeit und Liebe im Einklang stehenden Grundsätze. Ich freue mich, daß ihr mir Gelegenheit gebt, euren Gehorsam gegen die kirchliche Autorität anzuerkennen und zu loben. In diesem Gehorsam seid ihr machtvoller geworden, als man anfangs zu hoffen wagte, so daß ihr jetzt 125.000 Mitglieder zählt. Nicht nur innerhalb der Grenzen Deutschlands, sondern auch in Diözesen Oesterreichs, in Olmütz und Prag, hat der Verband neben deutschen auch polnische und mährisch sprechende Mitglieder. Galtet fest die große Wahrheit, daß die Kirche verteidigt, beschützt und gedeihen läßt Handwerk und Gewerbe, und denkt daran, daß, wo der Herr das Haus nicht bauet, die Arbeiter umsonst bauen. Ich danke euch nochmals und wünsche, daß ihr mit dem bisherigen Mut auch fernerhin dem Vaterland und den Familien dient; jeder einzelne Arbeiter, der mit seinem Lohn zufrieden ist, findet die Ruhe und den Frieden des Gewissens. Sagt allen Mitgliedern, wenn ihr nach Hause kommt, daß der Papst euch wohl will.“

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften durch diese Papstrede in eine recht heikle Situation geraten sind. Als getreue Söhne der katholischen Kirche müssen sie die Worte des Papstes als Offenbarungen hinnehmen, denen sie sich unbedingt zu unterwerfen haben. In dem Augenblick aber, wo sie anerkennen, daß sie in ihren Organisationen unter kirchlichen Prinzipien und unter kirchlicher Autorität zu arbeiten bereit sind, wenn sie erklären, damit einverstanden zu sein, daß die christlichen Gewerkschaften fernerhin die Arbeiter zur Zufriedenheit mit ihrem Lose erziehen wollen, verüben sie moralischen Selbstmord und verneinen gleichzeitig die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften. Man darf gespannt darauf sein, auf welche Weise sie versuchen werden, sich aus diesem Dilemma zu befreien.

Der Malerverband hat unter dem Titel „Krieg oder Frieden“ eine Broschüre herausgegeben, in welcher die im verflochtenen Frühjahr geführten Kämpfe eingehend geschildert werden. Die Bewegung wurde bekanntlich durch einen Schiedsspruch beigelegt, welcher von den drei Unparteiischen abgegeben wurde, die vorher die Verhandlungen im Baugewerbe geleitet hatten. Ueber die Auslegung des Schiedsspruches kam es bald zu Meinungsverschiedenheiten, so daß die Unparteiischen um eine Erklärung angegangen werden mußten. Durch die nunmehr abgegebene Entscheidung fühlen sich die Gehülften geprellt, denn es wurde ausgesprochen, daß die zugebilligte Lohn-erhöhung von 2 Pf. pro Stunde keine allgemeine sein, sondern nur die Mindestlöhne betreffen soll. Die Broschüre warnt, dem ob der Enttäuschung eingetretenen Mißmut die Zügel schiefen zu lassen und schlägt mit einer dringenden Mahnung zur intensivsten Agitation im Hinblick auf den am 31. Dezember 1909 erfolgenden Ablauf aller Tarifverträge.

Der Schneiderverband konnte am 1. Oktober sein 20jähriges Bestehen feiern. Am 1. Oktober 1888 trat der Verband ins Leben, nachdem ein vom 5. bis 7. August in Erfurt stattgefundener allgemeiner Schneiderkongreß seine Gründung beschlossen hatte. Die früher bestandene Organisation der Schneider war im Jahre 1878 auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst worden. Die folgenden Versuche, die bestehenden lokalen Fachvereine zu einer Zentralorganisation zusammenzufassen, datieren seit dem Jahre 1884; aber erst im Jahre 1888 erfolgte die definitive Gründung des Zentralverbandes, der seine Tätigkeit mit 3000 Mitgliedern aufnahm. Im Jahre 1890 zählte der Verband bereits 13 180 Mitglieder. Als aber der Beitrag von 10 auf 15 Pf. wöchentlich erhöht wurde, trat ein Rückschlag ein; bis zum Jahre 1892 war die Mitgliederzahl auf 6272 zurückgegangen. Im Jahre 1894 setzte aber ein stetiges Wachstum ein, und am Schluß des ersten Quartals dieses Jahres zählte der Verband 40 744 Mitglieder. Die Verbandsbeiträge sind im Laufe der Jahre verschiedentlich erhöht worden. Gegenwärtig werden Beiträge von 40 und 50 Pf. von den männlichen und 20 und 25 Pf. von den weiblichen Mitgliedern gezahlt. Die Unterstützungseinrichtungen sind vervollkommenet, über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird in den ersten Monaten des nächsten Jahres eine Abstimmung der Mitglieder entschieden. Der Verband hat in den letzten Jahren große Kämpfe zu führen gehabt. Gegenwärtig sind 276 Tarifverträge in Kraft, die mit den Unternehmerorganisationen abgeschlossen sind und welchen 59 050 Arbeiter unterliegen.

**Christlicher Terrorismus.** Der Münchener „Arbeiter“, das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine entwirft sich darüber, daß ein Angestellter des Konsumvereins Sendling entlassen worden sei, weil er nebst anderen ihm zur Last gelegten „Verbrechen“ auch das Abonnement der „Münchener Post“ gekündigt hat. Das Blatt erzählt dann eine rührsame Geschichte, wie der betreffende Angestellte, ein Bäcker, aus seinem Verband, dem er neben dem katholischen Arbeiterverein angehört, ausgeschlossen wurde und damit auch die Arbeit im Konsumverein verloren habe. Was an der Geschichte wahr ist, können wir nicht beurteilen, wir zweifeln aber nicht, daß es sich um den üblichen christlichen Terrorismusschwindel handelt, zumal er in der allbekanntesten Sauce serviert wird.

Wir wären auch auf den Fall nicht eingegangen, wenn das Blatt nicht in seiner eigenen Darstellung einen allerliebsten christlichen Terrorismus enthielte, den es mit einer so sorglosen Miene erzählt, daß man den Eindruck erhält, als sei eine solche Handlungsweise etwas ganz Selbstverständliches im christlichen Lager. Lassen wir das Blatt selbst reden: „Der Gemäßigtere wohnt in einem katholischen Arbeitervereins-jaus und hatte auf Veranlassung der Verwaltung, die ihm nahe legte, daß es sich nicht mit den Intentionen des Hauses vertrage, wenn die Inwohner auch sozialdemokratische Zeitungen unterstützen, auch das Abonnement auf dieselbe gekündigt.“

Hat eine Organisation, die einen solchen Gewissenszwang für selbstverständlich hält, noch das Recht, über Terrorismus zu klagen? Dem katholischen „Arbeiter“ wäre zu raten, in künftigen Fällen bei der Erzählung von Terrorismusgeschichten etwas vorsichtiger zu sein, damit er nicht in seiner Lappigkeit die eigenen Sünden enthüllt.

### Soziale Rechtspflege.

#### Vom Segen der Unfallversicherung.

ek. Das in den Unfallberufsgenossenschaften betriebene Unternehmertum schreit bekanntlich seit einiger Zeit nach gänzlicher Aufhebung der kleineren Unfallrenten; Renten für Erwerbsbeschränkung unter 25 Proz. sollen überhaupt nicht gewährt werden. Es seien Schnapsrenten, heißt es gefühllos-roh in der Unternehmersprache.

Bis heute ist der „Gesetzgeber“ den Inkarnaten der Arbeitgeber noch nicht nachgekommen, wenn auch zu befürchten ist, daß die Gesetzgebungsmaschinerie vielleicht schon in nächster Zukunft daraufhin eingestellt werden wird.

In der Rechtsprechung der richterlichen Instanzen für die Unfallversicherung aber macht sich offenbar schon jetzt das Bestreben bemerkbar, für Unfallschäden kleineren Umfangs, insbesondere auch für Fingerverluste und -verletzungen Renten nicht mehr zu gewähren.

So hat es die Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes, der obersten Instanz in der Rechtsprechung in Unfallversicherungssachen, dahin gebracht, daß in letzter Zeit für den Verlust des Ring- oder des Mittelfingers, auch des kleinen Fingers oder deren Teile, in der Regel keine Rente, höchstens für kürzere Zeit eine zehnprozentige „Schonungs-“ oder „Angewöhnungsrente“ — wie der technische Ausdruck heißt — gewährt wird. Und, wie folgender Fall aus neuester Zeit lehrt,

geht man auch daran, für Verletzungen des Daumens, finger des unentbehrlichsten Teiles der Hand, Unfallrente nicht mehr zu gewähren.

Der Tischler D. in Warnemünde hatte sich im Januar 1907 an der Hobelmaschine den linken Daumen bis auf einen kleinen Stumpf abgehackt. Die hamburgische Baugewerksberufsgenossenschaft sprach ihm zunächst eine 10prozentige Rente — zwanzig Pfennige pro Tag — „wegen etwas behinderter Gebrauchsfähigkeit der linken Hand“ zu. Schon mit Ende des Jahres stellte sie aber die Rentenzahlung ein. Nach dem Ergebnis ihrer Ermittlungen sollte in dem Zustande der verletzten Hand eine wesentliche Besserung eingetreten sein, indem die Gebrauchsfähigkeit der Hand im Laufe der Zeit derartig zugenommen haben sollte, daß eine nennenswerte Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht mehr angenommen werden könnte.

D. legte Berufung auf schiedsgerichtliche Entscheidung ein.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Mosta bestätigte den Rentenentziehungsbefehl als zu Recht erlassen, nachdem es sich von einem Kreisphysikus ein — die Frage nach einer etwa noch vorhandenen Erwerbsbeschränkung verneinendes — Gutachten hatte erstatten lassen.

Der vom mecklenburgischen Arbeitersekretariat eingelegte Rekurs wurde vom Reichsversicherungsamt zurückerwiesen. Das Rekursgericht will die Uebersetzung gewonnen haben, „daß in den für die Festsetzung einer Rente von 10 Proz. maßgebend gewesenen Verhältnissen eine wesentliche Besserung durch Gewöhnung eingetreten sei“. Es sagt, daß, selbst wenn die Unfallsfolgen bei Verrichtung einzelner Arbeiten „eine gewisse Uebequemlichkeit“ verursachen sollten, dieser Umstand nicht den Fortbezug der Rente rechtfertige, denn einen Anspruch auf Unfallentschädigung habe nur derjenige, der durch den Unfall in seiner Erwerbsfähigkeit in nennenswertem Maße beeinträchtigt sei und im wirtschaftlichen Leben einen meßbaren Schaden erleide. Eine solche Feststellung sei aber im vorliegenden Falle nicht angängig.

Dieser Rechtspruch des Reichsversicherungsamtes, nach dem der Verlust des größeren Teiles eines Daumens den Verletzten in seiner Erwerbsfähigkeit nicht in „nennenswertem“ Maße beeinträchtigt, ihm im wirtschaftlichen Leben keinen „meßbaren“ Schaden

zufügt, bedeutet ein immer weiteres Eingehen auf das unternehmerliche Verlangen, für kleinere Unfallschäden keine Rente mehr zuzusprechen. Denn seither ist regelmäßig noch vom Reichsversicherungsamt für Daumenverletzungen solcher Art wie in vorliegendem Falle auf Entschädigung erkannt worden. Das besagen auch die vom Verlage der „Arbeiter-Versorgung“, A. Trotschel, neuerdings zusammengestellten Entschädigungssätze, welche das Reichsversicherungsamt bei dauernden Unfallschäden gewährt hat. So ist beispielsweise auch einem Tischler im Jahre 1898 für den Verlust des Nagelgliedes eines Daumens dauernd eine Rente von 10 Proz. zugesprochen worden. Und in einer Reihe von Fällen, bei denen es sich in den Verletzten um „ungeratete“ Arbeiter handelte, hat das Reichsversicherungsamt für den Verlust des Nagelgliedes eines Daumens auf dieselbe Entschädigung erkannt; bei anderen Arbeitern, so bei einem Stellmacher, auch auf 15 Proz.

Wenn jetzt schon bei einem Tischler, der zweifellos bei Ausübung seines Berufes auf Kraft und Geschicklichkeit beider Hände ganz besonders angewiesen ist, eine derartige Verstümmelung des Daumens nach Ansicht des Reichsversicherungsamtes nicht mehr ins Gewicht fällt für die Frage nach der Erwerbsbeschränkung, so können die Unternehmer schon zufrieden sein mit der Entwicklung in der Rechtsprechung auf dem Gebiete der Unfallversicherung. Verfolgt diese Entwicklung fernerhin denselben Kurs, so sind die unternehmerlichen Wünsche auf Nichtentschädigung kleinerer Unfälle bald ganz erfüllt, und der Gesetzgeber hat nicht erst nötig, durch Aenderung der Unfallversicherungsgesetze aller Welt zu zeigen, daß er dem Willen des Unternehmertums willfährig ist. Es geht auch so.

Das Wort vom Segen der Unfallversicherung allerdings klingt der Arbeiterschaft wie Hohn in den Ohren.

### Technisches.

Vom Fachblatt für Holzarbeiter ist soeben das Oktoberheft erschienen. Es enthält eine Abhandlung von Joseph Aug. Luz über Joseph M. D. L. H. r. i. c. h.; ferner eine Abhandlung von Paul Westheim über Das Sofa. In einem mit vielen Illustrationen versehenen Artikel bespricht der Architekt Otto Winkelmüller die Konstruktion von Aufzügen für Speisen und andere Gegenstände. Einige

### Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1908.

Gau	Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Arbeitslosen	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Durchschnittliche Anzahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Quartals	Unterstützung haben erhalten								
			vom vorigen Quartal	Zugang in diesem Quartal	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Quart.		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise				
								Mittl.	Tage	Mt.	Pf.	Mittl.	Tage	Mt.	Pf.	
Danzig	29	2540	52	148	200	92	1	153	1676	2210	46	134	289	219	95	1
Stettin	38	2918	88	317	405	80	11	146	1755	2298	10	618	1011	921	18	—
Breslau	42	6592	189	601	740	178	8	356	4579	6366	18	450	790	739	94	—
Berlin	93	32688	3416	9214	12680	2018	22	3180	43794	61464	59	1479	3034	2958	80	—
Dresden	58	11462	336	1109	1445	287	11	471	7611	10470	52	812	1375	1313	46	—
Chemnitz	58	12738	291	1596	1327	254	17	615	8568	11139	97	1541	2319	2205	77	—
Erfurt	54	4047	58	228	286	88	18	165	2624	3308	59	1434	2010	1887	49	1
Magdeburg	84	5672	156	644	800	131	15	309	4554	6344	41	1444	2266	2068	56	—
Hamburg	65	16559	609	3386	3945	581	39	1190	15815	20331	79	3200	5161	4877	60	—
Hannover	45	8643	187	1185	1372	226	10	365	4485	6004	14	2098	3518	3366	14	—
Düsseldorf	55	7424	229	717	946	113	35	330	3883	5051	65	2824	4372	4144	73	—
Frankfurt	60	9782	193	1039	1237	337	18	431	6689	8395	53	3637	5204	5755	07	2
München	40	3607	165	731	896	303	11	492	7241	9371	16	1517	2308	2599	01	—
Wien	11	1303	130	115	1245	118	14	271	4222	5197	47	1978	3753	3399	77	—
Stuttgart	31	613	56	116	394	68	34	145	2228	3085	45	3398	5772	5400	54	2
Sachsen	—	332	—	8	8	4	—	3	72	84	—	46	81	80	—	—
3. Quartal 1908	798	145620	6130	22246	28376	4788	264	8652	119785	162124	06	26655	44713	41933	05	6
2. " "	738	147527	6529	22332	28011	6130	475	10058	157131	215779	14	29408	49011	46269	01	9
1. " "	785	148652	8285	23052	31337	6529	270	14737	235846	318794	31	16256	26225	24370	75	7
4. " 1907	782	148816	2649	25576	28225	8256	248	10151	143375	197472	28	15700	26428	24615	61	5
3. " "	770	150410	2331	21931	24262	2575	263	5320	56590	76999	06	20741	35347	34197	04	10

Im dritten Quartal 1908 betrug die Gesamtzahl der gemeldeten arbeitslosen Mitglieder 28 376, das sind 635 weniger als im zweiten Quartal; die Arbeitslosenziffer vom dritten Quartal des Vorjahres wird jedoch mit 6445 überschritten. Nach Abzug der aus dem vorigen Quartal übernommenen Arbeitslosen bleibt ein Zugang von 22 246, im zweiten Quartal war dieser mit 22 332 um 136 höher als im Vergleichsquarteral.

Der Prozentsatz der Arbeitslosen von der Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 19,5 gegen 19,6 im vorigen Quartal und 16,1 im dritten Quartal des Vorjahres. Am letzten Tage des Quartals waren 3,3 Prozent der Mitglieder arbeitslos gemeldet, gegenüber dem vorangehenden Quartal bedeutet dieses eine Abnahme von 0,9 Prozent, gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres aber ein Mehr von 1,6 Prozent. 4733 Arbeitslosen am 30. September dieses Jahres stehen nur 2575 Arbeitslose am gleichen Tage des Vorjahres gegenüber.

Unterstützung erhielten im dritten Quartal 8662 Kollegen, im Vergleichsquarteral des Vorjahres war diese Zahl um 3332 niedriger; im zweiten Quartal bezogen 10 058 Kollegen die Arbeitslosenunterstützung.

Auf 100 Arbeitslose entfallen 30,5 Unterstützte. Im vorigen Quartal betrug der Prozentsatz 34,3, im gleichen Quartal des Vorjahres 21,9.

Die Durchschnittszahl der unterstützten Tage, sowie der durchschnittliche Betrag der Unterstützung sind mit 13,8 Tagen, bzw. 18,74 Mt. höher als im Vergleichsquarteral des Vorjahres mit 10,6 Tagen und 14,48 Mt., im zweiten Quartal 1908 war der Durchschnitt 15,8 Tage und 21,45 Mt.

Von den einzelnen Gauen hatte wieder der Gau Berlin die größte Arbeitslosigkeit und zwar 33,6 Prozent der Mitglieder. Ihn folgen: Hamburg 23,9, München 21,5, Hannover 15,9, Chemnitz 14,4, Magdeburg 14,1, Stettin 13,9, Düsseldorf 12,8, Frankfurt 12,7, Dresden 12,6, Breslau 11,2, Nürnberg 10,3, Danzig 7,9, Erfurt 6,2 und Stuttgart 4,6 Prozent.

Die durchschnittliche Arbeitslosenziffer am letzten Tage des Quartals mit 3,25 Prozent wird überschritten von den Gauen Berlin mit 6,16, Hamburg 3,51, Nürnberg 3,49 und Frankfurt 3,45 Prozent.

Den Höchstplatz der Unterstützten von der Gesamtzahl der Arbeitslosen hatte der Gau Danzig mit 76,5 Prozent, es folgen dann die Gauen Erfurt mit 57,6, Nürnberg 54,9, Breslau 48,1, Frankfurt 38,9, Magdeburg 38,6, Stuttgart 36,8, Stettin 36,1, Düsseldorf 34,9, Chemnitz 33,7, Dresden 32,6 Prozent. Die übrigen Gauen bleiben unter dem allgemeinen Durchschnitt, der 30,5 Prozent beträgt.

Die durchschnittliche Zahl der unterstützten Tage, sowie der durchschnittliche Betrag der Unterstützung sind am höchsten im Gau Dresden. Erstere beträgt 16,3 Tage, letzterer 22,23 Mt. Die niedrigste Ziffer hat der Gau Danzig mit 10,9 Tagen und 14,45 Mt. Der allgemeine Durchschnitt beträgt hier 13,8 Tage Arbeitslosigkeit und 18,74 Mt. Unterstützung.

Die Reiseunterstützung ist gegen das zweite Quartal um 4336 Mt. zurückgegangen, übersteigt jedoch die Ausgaben im dritten Quartal 1907 um 7736 Mt.

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstützung erheben.

Zum Schluß fügen wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder an, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollständigen Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsberechtigt oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Sozialverwaltung nicht versäumen möge.

Der Verbandsvorstand.

wichtige Fingerzeige für die Behandlung der Par-
fettfußböden gibt Fr. Röhner. Unter der Ueber-
schrift Alexander Neuheiten bespricht Frederik
van Monajou eine Reihe von Neuerscheinungen auf
dem europäischen Holzmarkt. Unter den illustrierten Wei-
stragen befinden sich Zeichnungen von Einzelmöbeln und
Zimmerarrangements von Gertrud Kleinhempel,
Gräfin Geldern, Margarete Funge, Professor
Guhmann, L. Lang, Karl Balsam, S. Prax
und anderen. Für den Bautischler enthält das Heft Ent-
würfe von Treppenhäusern und Treppen-
geländern, von Türen und Hauseingängen.
Das Heft enthält insgesamt 55 Abbildungen, darunter
15 ganzseitige. Ein Abonnement auf diese gute und dabei
äußerst billige Fachschrift kann allen Kollegen auf das an-
gelegentlichste empfohlen werden.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15.
jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei
allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des
Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie beim
Verlag, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2. Neu hin-
zutretenden Abonnenten werden die be-
reits erschienenen Hefte des laufenden
sowie auch des vorigen Jahrgangs gegen
Voreinsendung von 1 Mk. pro Quartal
nachgeliefert.

Vom Jahrgang 1907 sind noch mehrere Exemplare
in geschmackvollem Einband auf Lager. Dieser
Jahrgang enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der
Praxis des Holzarbeiters sowie recht gute Abhandlungen
aus unserem Gewerbe. Der Jahrgang 1907 des „Fach-
blatt für Holzarbeiter“ bildet eine Perle für jede Arbeiter-
bibliothek. Er kann gegen Voreinsendung von 5 Mk. für
das geschmackvoll gebundene, 4 Mk. für das ungebundene

Exemplar bezogen werden von der Expedition des „Fach-
blatt für Holzarbeiter“, Berlin C. 2, Neue Fried-
richstraße 2.

Literarisches.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Mün-
berger Parteitag und über die Verhandlungen der
fünften Frauentagung ist sieben im Verlage der Buch-
handlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen.

Die Verhandlungen dieses Parteitages haben das
ganz besondere Interesse der Genossen und Genossinnen
erweckt. Im Vordergrund dieses Interesses stand die Dis-
kussion über die Budgetbewilligung unserer süddeutschen
Landtagsabgeordneten. Aber auch die Befriedigung des
Bildungsbedürfnisses in unserer Partei hat allgemeine
Aufmerksamkeit erheischt. In den Verhandlungen über:
„Maifeier“ und „Sozialpolitik“ sind die Gewerkschaften
besonders interessiert, während die Ausführungen des
Referenten über die drohende „Reichsfinanzreform“ der
Beachtung bei der agitatorischen Tätigkeit der Genossen
empfohlen sei. Daneben weisen wir noch hin auf die
gleichfalls erledigte Frage der „Jugend- und Frauen-
organisation“. Aus den Verhandlungen der Genossinnen
sei auf die Referate über Jugendziehung in der Familie
und durch Organisationen der Genossinnen Dunder und
Petkin verwiesen, deren Studium den Frauen besonders
empfohlen sei.

Die Verhandlungen sind ausführlich wiedergegeben.
Das Protokoll ist 563 Seiten stark, kann durch alle Buch-
handlungen und Kolportage bezogen werden und kostet
brochüriert 1,25 Mk. und gebunden 1,75 Mk.

Gustav Wolff, ein Fürstenspiegel zu Lehr
und Nutz der deutschen Arbeiter von Franz

Mehring. Zweite verbesserte Auflage mit einem neuen
Vorwort. Verlag der Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68. Preis 1 Mk., Volksausgabe 40 Pf.

Die erste Auflage dieser Schrift erschien vor zirka
14 Jahren, als der dreihundertste Geburtstag des schwe-
dischen Königs Gustav Adolf die deutschen Nordpatrioten
zu feurigen Hymnen begeisterte und dieser Verwirrer
deutscher Kultur als der „Befreier Deutschlands“ gefeiert
wurde. Seit längerer Zeit war die Schrift vergriffen;
die vielfache Nachfrage veranlaßte diese zweite Ausgabe.
Im Vorwort zu dieser entgegnet der Verfasser einigen
Kritikern seiner Schrift.

Es ist ein Kapitel aus der Geschichte des dreißig-
jährigen Krieges, das Mehring an der Hand der materia-
listischen Geschichtsauffassung entwickelt, jener schauerlichen
Episoden des deutschen Volkes, an der mehr als dreiviertel
der Bevölkerung zugrunde gegangen sind und die Deutsch-
land um zwei Jahrhunderte in seiner Entwicklung zurück-
geworfen hat. Aus jener Zeit zu lernen, ist auch den
heutigen Arbeitern zu empfehlen.

Briefkasten.

Oberndorf, C. G. Wenn Sie dem Gegenstand so viel
Wert beimessen, dann wäre es der Mühe wert gewesen,
aus einem Originalbericht zuzuschneiden, der von der Lokal-
verwaltung unterstempelt ist. Für Zeitungsausschnitte
haben wir keine Verwendung.

Sameln, J. G. Auf Grund eines Verbandstags-
beschlusses geben die Referenten selbst einen zusammen-
hängenden Bericht über ihre Agitationstour. Dadurch er-
übrigen sich die Versammlungsberichte aus den einzelnen
Zahlstellen.

Versammlungs-Anzeiger.

Berlin. Stellmacher Branchenversammlung,
am Donnerstag, den 29. Oktober, abends 7/9 Uhr, im
Rosenthalerhof (großer Saal), Rosenthalerstraße 11/12.

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen
Zahlstelle befindet sich bei Kollege Gilling, Siebträn-
nenstraße 37. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und
nachmittags von 2-7 Uhr. Umschauen verboten.

Dortmund. Der Arbeitsnachweis und die Ger-
berge befinden sich im Gewerkschaftshaus, Ecke
Belthuis- und Bestingstr., früherer Bierpark. Daselbst
Reiseunterstützung, abends 8-9 Uhr.

Duisburg. Unser Bureau befindet sich nunmehr
Unterlage 57 part. Daselbst wird die Reiseunter-
stützung nur abends von 8 1/2-7 1/2 Uhr ausgezahlt.

Freiburg i. S. Der Arbeitsnachweis der Tischler
und Stuhlbauer befindet sich bei Kollege Rudolf
Wachmann, Greifenhainertstr. 343a. Daselbst Reise-
unterstützung, Umschauen streng verboten.

Göttingen. Reiseunterstützung wird in unserer
Zahlstelle nicht ausgezahlt.

Helmstedt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen
Zahlstelle befindet sich im Lindenhof, Holzberg 27.
Umschauen verboten. Anfragen von außerhalb sind
an den Kollegen G. Kühne, Heinecksplatz 1, zu richten.

Schwelm i. Westf. Der Arbeitsnachweis befindet
sich im Schwelmener Gewerkschaftshaus, Str. Moor 51,
geöffnet 6 1/2-7 1/2 Uhr abends. Umschauen streng ver-
boten.

Trennenbrichen. Der Arbeitsnachweis befindet
sich bei Kollege S. Wollschläger, Nagelgasse 204. Da-
selbst auch Reiseunterstützung, abends 8-7 Uhr. Um-
schauen verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler,
Möbelschreiner, Drechsler und Wagner befindet
sich bei Kollege Götter, Schwalbacherstraße 71 Stb. I.
Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunter-
stützung wird im Gewerkschaftshaus, Weißkirchstraße 41,
ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an
Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Zehlendorf. Arbeitsnachweis und Reiseunter-
stützung bei G. Gutter, Untere Speichergasse 85. Ver-
kehrslotel im Gewerkschaftshaus.

Julius Leberth, Schreiner, Buchn. 278-280
Verpflichtung in der Zahlstelle Bruch nanjantommen.
Seine Adresse bitten wir mitzuteilen an den Bewöl-
mächtigten Herrn Vogel, Schreiner in Bruch bei
München.

Willy Maennel, Schreiner, geb. zu Gainsdorf,
wird gesucht. Wer mit die
Adresse angibt, erhält
5,- Mk. Belohnung.

May Wolff, Rudwigschafen a. Rh., Bismarckstr. 60.

Emil Hilding Coernegren, Stodmacker
aus Walmö,
Schweden, ersuche ich, sich bei mir zu melden. Es
handelt sich um eine lohnende und dauernde Ein-
stellung. Georg Luft, Berlin S. 42, Ritterstr. 24.

Albert Welzel, Korbmacher, Buchn. 288/712,
sende sofort wegen Todesfall
eine Karte an deinen Vater. Wittenberg, Bez.
Galle, Sternstr. 80. Die Kollegen wollen ihn darauf
aufmerksam machen.

Das angekündigte
Bildnis von Karl Klop
wird nunmehr in kurzer Zeit er-
scheinen. Es ist auf bestem Kunst-
druckarton in Größe von 64x48 cm
hergestellt, als Wandschmuck für die
Vereinslokale unserer Zahlstellen.
Preis 2 Mk. pro Exemplar.
Für den Privatgebrauch der Mit-
glieder erscheint eine kleine Ausgabe
des gleichen Bildes in Größe einer
Kabinephotographie, auch auf dem
gleichen Kunstdruckpapier, zum Preise
von 25 Pf. pro Exemplar.
Bestellungen sind durch die Zahl-
stellenverwaltungen an uns einzun-
senden.
Der Verbandsvorstand
Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

5 Tischler auf Möbel finden dauernde
Arbeit in der Wiesburger Dampfzischlerei.
Vogel & Paul, Wiesenburg i. d. Mark.

Gesucht für sofort mehrere tüchtige
Möbelschreiner, wenn möglich auf Sitz-
möbel eingeeicht.

Schubert & Schramm, Möbelfabrik.
Uttwil am Bodensee, Schweiz.

Guter Polierer auf Naturstoffe findet
lohnende und dauernde Beschäftigung.
Edward J. Frinks, Limbach, Sachsen.

Drechsler kann sich selbständig machen,
Kapital nicht erforderlich,
Kraft vorhanden. Briefe zu richten an
Arno Ellmer, Tischlermeister in
Lehesten, Thüringen.

Tüchtiger Drechsler findet sofort auf
Kraftbetrieb dauernde Stellung.
Heinr. Koch, Sorn, Lippe.

Ein tüchtiger Drechsler sowie ein Polierer
auf Gardinen-Mosketten eingerichtet, werden
sofort bei hohem Lohn angenommen.

Oskar Bauer, Holzwarenfabrik,
Bischofswerda.

Ein Drechsler, auf Massenartikel geübt,
für dauernd gesucht.
H. Gelbe,

Drechsler mit Kraftbetrieb, Wismar i. M.

2 Korbmachergehilfen auf Rohr und
Reiseförde, hauptsächlich Rohr, für dauernde
Winterarbeit gesucht.
Herrn. Milling, Rheine, Westf.

2 tüchtige Korbmacher auf Grobge-
schlagenes und ein Geselle auf Gestell-
arbeit sofort bei gutem Lohn gesucht.
Reinhold Hoffmann, Korbgewerbe,
Dresden, Rudolfstr. 8.

Tücht. Korbmacher für Gestell- und
geschl. Arbeit sofort
gesucht. A. Helmert, Sagen, Westfalen.

Tüchtiger Korbmacher, in allen geschlag.
Arbeiten erfahren, findet sofort gute Stellung
bei Wilh. Schröder, Barmen,
Schuhardstr. 18.

Zwei tüchtige Gestellarbeiter stellt sofort ein
J. Walterscheid, Wittenberge,
Bez. Potsdam, Wahrenbergerstr. 86.

Ein tüchtiger solider Bürstenmacher
gesucht, welcher in allen Arbeiten bewandert
ist. Die Stelle ist dauernd.
A. Christanz,
Selnhausen, Selsen-Massau.

Angehender Bürstenmacher - Gehilfe
sofort gesucht.
Gobr. Schüller, Bürstenfabrik.
Düren, Rheint.

Suche auf sofort einen tüchtigen Bürsten-
machergehilfen.
Ww. Friedr. Moog, Sagen, Westf.

Tüchtiger Bohrer gesucht. Dauernde
Stellung.
H. Weber, Bürstenfabrik.
Seidmühlen, Holzheim.

Gelbte Passava-Mischer finden dauernde
und lohnende Beschäftigung bei
Cahn & Rheinauer, Mannheim.

Almanach für das Jahr 1909
Taschenkalender für die Verwaltungen
und Mitglieder des Verbandes
Der neue Almanach wird in kurzer
Zeit erscheinen. Die Mitglieder
tun deshalb gut, wenn sie ihre
Bestellung bei der Lokalverwaltung
nicht länger hinausschieben. Der
Preis ist wie seither 50 Pfennig
pro Exemplar.
Der Verbandsvorstand.

Eingelegte Furniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.
Zahlreiche Anerkennungsbescheine.
E. Hiller, Marqueter, Heidelberg
Theater-Strasse 7.

Größte deutsche
Tischler-Fachschule Detmold
Neu. Ausbildung. Progr. frei. Zum Selbstunterricht
empfehle: Die Stillehre T. Tischler, mit 100 Abbild.
aller Stilarten. Mk. 4. Direktor Reineking, Detmold.

Süddeutsche
Schreiner-Fachschule
Nach dem
durch
verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver
(Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht
:: :: eine sofortige Porenfüllung :: ::
man erspart Material, Zeit, Arbeit,
erzielt ::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare,
durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flam-
migen Maserung, volle Schönheit des Holzes,
vermeidet Oelaustritt, Rissigwerden der Politurdecke, weiße
Flecke, sowie Einschlagen der Politur.
Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unver-
fälschte Schellack-Politur verwendet.
Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren
spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem
Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.
Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:
1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 Patent-Politur zum Reinspolieren
1 allerfeinsten Politure-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlsteinen usw.
1 allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 Schiefel- und Polieröl, gelblich
1 Doße Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“
1 Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
1 Bismut-Polierpulver, hellnussbraun
1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
1 Stück Korbschleifklotz, 120x75x30 mm
zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.
Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.
Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mark.
Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des
Holzes enthält in markiger Werkstattpoliersprache fachwissenschaft-
liche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch aus-
geführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und
glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brunn, Prof.
Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München,
Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor
J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.
Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn.
Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werk-
statt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete
der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23
zwei deutsche Reichspatente
gesch. neuen Polier-
verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver
(Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht
:: :: eine sofortige Porenfüllung :: ::
man erspart Material, Zeit, Arbeit,
erzielt ::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare,
durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flam-
migen Maserung, volle Schönheit des Holzes,
vermeidet Oelaustritt, Rissigwerden der Politurdecke, weiße
Flecke, sowie Einschlagen der Politur.
Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unver-
fälschte Schellack-Politur verwendet.
Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren
spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem
Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.
Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:
1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 Patent-Politur zum Reinspolieren
1 allerfeinsten Politure-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlsteinen usw.
1 allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 Schiefel- und Polieröl, gelblich
1 Doße Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“
1 Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
1 Bismut-Polierpulver, hellnussbraun
1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
1 Stück Korbschleifklotz, 120x75x30 mm
zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.
Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.
Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mark.
Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des
Holzes enthält in markiger Werkstattpoliersprache fachwissenschaft-
liche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch aus-
geführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und
glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brunn, Prof.
Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München,
Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor
J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.
Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn.
Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werk-
statt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete
der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.
Verlag von Theodor Leipzig in Berlin. Druck: Bortolotti Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68.

ausägerei
Reibschneiderei :: Holzbrandmalerei
liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen,
Holz
J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.
Reichhalt. Katalog gratis u. franko.
Laubfägelholz von 1 Mark an.

Auf allen Ge-
bieten der Bauschreinerei,
Kunst- und Möbelschreinerei, d.
Zimmergewerbes, d. Holzbild-
hauerei erlangt man gediegene umfassende
Kenntnisse durch die Selbstunterrichtswerke Syst.
Karnack-Hachfeld. Glänzend. Erfolge. Prospekt.
und Anerkennungsbescheine gratis und franko.
Ansichtsendungen bereitwilligst.
Bonnes & Hachfeld, Potsdam-R. 1.

Der Holzbau
Umfassend den Fachwerk-, Bohlen-, Block-,
Ständer- und Stabbau. Von Hans Jügel,
Architekt und Lehrer an der Baugewerkschule
zu Hildesheim. Zweite Auflage. 248 S. Mit
500 Textabbildungen und 15 Tafeln. Preis
brochüriert 5 Mk., mit Porto 6,80 Mk., bei Nach-
nahmesendung 6,80 Mk. Zu beziehen durch die
Expedition der Holzarbeiter-Zeitung.

Slomkes Städtebuch
Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder
mit Eisenbahn- u. Begefahrte, 356 Seiten, geb.
Mk. 1,20. Ein all. Städteb. zu haben od. geg.
Einst. von Mk. 1,40 bei G. Schöme, Bielefeld.